



# Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 Ml.  
Der Courier ist in die Postleitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950.  
Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 3—7 Uhr nachr., Sonntags geschl.

Redaktionsschluß  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgelebt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 32.

Berlin, den 9. August 1908.

12. Jahrg.

## Zur Entwicklung der Tarifverträge.

Die von der Abteilung für Arbeiterstatistik im Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeiteten Beiträge zur Arbeiterstatistik (Berlin, Karl Heymanns Verlag) sind wieder um einen Band vermehrt worden, der "Die Weiterbildung des Tarifvertrags" im Deutschen Reich behandelt. Das umfängliche Werk schließt sich also an die frühere dreibändige Publikation des Amtes: "Der Tarifvertrag im Deutschen Reich" an. Über das Verhältnis beider Studien zu einander wird bemerkt: "Als im November 1906 das Kaiserliche Statistische Amt das Werk über den Tarifvertrag im Deutschen Reich veröffentlichte, gab es gleichzeitig bekannt, daß es auch weiterhin die Frage der Ausbildung des Tarifvertrags sowie die Herausgabe weiterer Veröffentlichungen beabsichtigte. Alle Beteiligten wurden gebeten, dem Kaiserlichen Statistischen Amt die neu abgeschlossenen Tarifverträge zur Verfügung zu stellen, das Kaiserliche Statistische Amt stellte seinerseits in Aussicht, periodisch zu berichten. Infolge dieser Aufforderung ist von allen Seiten, in erster Linie von Arbeiterverbänden und den Gewerbegerichten, auch von Arbeitgeberverbänden und Innungen sowie von einzelnen Firmen dem Kaiserlichen Statistischen Amt ein reiches Material für das Jahr 1906 zugegangen. Dieses Material ist noch ungenügend. Das Kaiserliche Statistische Amt hat deshalb für die späteren Jahre beginnend mit 1907 mit allen beteiligten Stellen auf Seiten der Arbeitgeber und der Arbeiter ein einheitliches Aufnahmeformular für die Tarifverträge der einzelnen Jahre vereinbart, welches bei den zukünftigen Aufnahmen Anwendung finden wird und die Aufnahme so einheitlich und vollständig machen soll, als es ohne eine öffentliche Eintragungsschrift für Tarifverträge möglich ist. Für die vorliegende Arbeit, die sich im ersten Kapitel der Statistik der Tarifverträge auf das Jahr 1906 beschränkt, fehlten diese Grundlagen noch; sie wird als ein erster Versuch auf einem schwierig erfassbaren Gebiet noch einer gewissen Nachsicht bedürfen. Die Statistik für 1907, die auf dem neuen Formular aufgebaut ist und noch im Jahre 1908 erscheinen soll, wird einen Fortschritt bedeuten."

Nachrichtenrat Dr. Leo, der als zuständiger Referent die dem Werk zu Grunde liegenden Arbeiten geleitet und den Text verfaßt hat, referiert darüber in der Einleitung. Er hebt hervor, daß bei der Materialsbeschaffung immerhin Schwierigkeiten vorliegen, denn es kam dafür rein auf den guten Willen der Beteiligten an. Die eigenen amtlichen Sammlungen erfuhr durch die tarifstatistische Tätigkeit der Arbeiterverbände eine wertvolle Ergänzung. Seit Ende 1906 sind viele gewerkschaftliche Erhebungen veröffentlicht worden; sie sind hier im Literaturverzeichnis angeführt und auch sonst entsprechend berücksichtigt.

Sodann geht Dr. Leo auf einige allgemeine Gesichtspunkte über. Nach wie vor ist die Form der kollektiven Vertragschließung nicht in die fünf Großgewerbe der deutschen Volkswirtschaft eingedrungen: den Bergbau, die Maschinenindustrie, die elektrische Industrie, die chemische Industrie und die Textilindustrie mit gewissen größeren Ausnahmen. In der Metallindustrie ist der Tarifvertrag nicht mehr auf die handwerklichen Betriebe beschränkt, sondern hat begonnen, auch einzelne kleinere Gebiete der Großindustrie zu ergreifen. Insbesondere trifft das für die Eisengießerei, die Gelbgießerei, die Solingen-Geswerbe und die Edelmetallindustrie zu. Als Ganzes genommen sind diese Gewerbe — auch die Metallindustrie — indessen von der Tarifvertragsbewegung noch wenig berührt. Soweit Tarife in diesen Gewerben abgeschlossen werden, sind es noch Ausnahmen und zum Teil Elementartarife. Es ist bekannt, daß die Arbeitgeber dieser Gewerbe überwiegend auf dem Standpunkt stehen, daß die Form des Tarifvertrags bei ihren Gewerben mit sehr verwickelter Technik nicht zweckmäßig sei.

Häufig wird bestritten, daß dem so sei. In der Wissenschaft findet sich die einzige eingehendere allgemeine Erörterung der Möglichkeit der Anwendung des Tarifvertrags in der Großindustrie in der neuen Arbeit von Koppé: Der Arbeitsstatistiker als Gesetzgebungsproblem. Koppé kommt zu dem Schluß, „der Tarifvertrag enthält seinem Wesen nach nichts, was

ihm als Prinzip der Regelung grobindustrieller Arbeitsverhältnisse unmöglich mache, oder was seiner Einführung und Anwendung unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg zu stellen geeignet wäre“. Es wird bestritten, daß das Material, auf das Koppé diese Folgerung aufbaut, genügt, um zu diesem Schluß zu kommen. Zu dem gleichen Ergebnis gelangt Günther bei seinen Untersuchungen über die Entlohnungsmethoden in der bayerischen Eisen- und Maschinenindustrie, Berlin 1908. Günther meint bei Besprechung der häufiger vorkommenden Altordarbeiten: „Um besten wäre es ja, wenn diese Arbeiten sich in handlichen Tarifen, die in gemeinsamer Beratung festgesetzt würden, zusammenfassen ließen. Aber das ist zurzeit meist noch ganz unmöglich. Die meisten Formier-, Schmiede- und Dreherarbeiten, die Schlosser- und Montagearbeiten lassen sich in einer Maschinenfabrik mit einigermaßen vielseitigem Fabrikationsprogramme tatsächlich nicht in einem übersichtlichen Altordtarif zusammenfassen. Eher ginge dies schon in manchen Spezialfabriken der elektrischen Industrie, in Werkstättenfabriken und in Fahrradfabriken. Aber, wie gesagt, außer in den Fabriken für einheitliche Massenfabrikation läßt sich mit solchen Tarifen meist nur die Arbeit der angelernten Arbeiter regeln, dagegen nur selten die Arbeit der wichtigsten Gruppen der geübten Arbeiter.“ Günther führt dann weiter aus, daß im deutschen Maschinenbau alles im besten Fluss sei, daß das Arbeitsverfahren und die Modelle sich stetig ändern und bespricht im Anschluß daran die Errichtung eines Altordtarifverfahrens. Er meint, Arbeitsordnungen der Arbeitgeber und Altordtarifverfahren, wie es in Bayern der Verband der Metallindustriellen vorgeschlagen hat, würden einen Teil des bestehenden verwirrenden, was durch den Tarifvertrag sonst erreicht wird. „Aber“, heißt es, „Tarifverträge im Sinne von vertraglich für eine bestimmte Zeitspanne festgelegten Zeitlohn- oder Altordtarifen werden im deutschen Maschinenbau so bald nicht Eingang finden. Sie passen auch nicht gut dafür. Das geben die Arbeiter selbst zu.“

Was die Maschinen- und elektrische Industrie betrifft, so sind auch hier in der Spezialisierung dieser Gewerbe sehr schwer zu bezwingende Hindernisse vorhanden. In Deutschland baut fast jede Maschinenfabrik besondere Spezialmaschinen, und fast in jedem Betrieb die Arbeitsprozesse verschieden geregelt, in einem Großbetrieb handelt es sich um tausend Altorderteile, die häufig wechseln. Die Spezialisierung der Arbeit in der elektrischen Industrie ist bis auf einen Grad getrieben, wie sie kaum in einer anderen Industrie besteht. Als unverdächtiges Zeugnis, daß hier in der Tat Schwierigkeiten vorhanden sind, kann ein Aufsatz dienen, welcher im Organ des Verbandes der Metallarbeiter, der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung vom 9. Mai 1908, die Frage von Tarifverträgen in der Elektrotechnik und im Maschinenbau erörtert. Die Ausführungen sind, gerade weil sie von Arbeitersseite kommen, so bedeutsam, daß sie in den Hauptparteien hier wiedergegeben werden sollen. Es heißt dort:

„Was die Arbeit nach Stundenlohn anbelangt, das Lohnsystem, so ist es gegenüber der Altordarbeit für den Großbetrieb der Unternehmer und Arbeitersseite als unvorteilhaft anerkannt worden. Der Unternehmer zieht die Altordarbeit der Lohnarbeit deshalb vor, weil er speziell bei Massenfabrikation durch festgelegte Altordtabellen eine gleichbleibende Unterlage seiner Kalkulationsberechnungen erhält, und der Arbeiter sichert sich durch ein gesundes Altordsystem eine größere Selbständigkeit in der Arbeit und einen seinen Leistungen entsprechenden Verdienst. Von Unternehmer wird auch viel eher das tägliche Aufsichtsrat eingeschränkt, wenn alle Arbeiter eines Scales in gewissen Sinne ihre eigenen Aufsichtsrat, das heißt einen bestimmten Entlohnungsbetrag für eine bestimmte Arbeit festgelegt haben. Der Satz: Altordarbeit ist Mordarbeit trifft auch dann nicht zu, wenn zwischen Arbeiter und Unternehmer ein gesundes Tarifverhältnis besteht, wenn die Macht der Arbeiterorganisation annehmbare Altordsätze zu erringen und zu halten weiß. — Weiden wir uns nun der Frage zu, ob in der Großindustrie, in der Elektrotechnik und im Maschinenbau tarifvertragliche Vereinbarungen möglich sind. Diese Frage wäre nur zu beantworten bei der Aufführung von Lohnabrechnungen. Neben all dem, wo Lohnarbeit sich nicht umgehen läßt, wo

bei Altordarbeit Minimallohnstücke gewährleistet werden müssen, kann man für die verschiedenen Kategorien einheitliche Stundenlöhne vereinbaren. Das durchzuführen, ist in vielen Fällen schon gelungen. Man wird jedoch in der Elektrotechnik oder im Maschinenbau niemals zu derartigen einheitlichen Altordpositionen gelangen, wie es im Maurergewerbe, in der Konfektionsbranche usw. möglich gewesen ist. Beobachten wir überhaupt die Tarifentwicklung in den verschiedenen Gewerben, so finden wir, daß sich in solchen Produktionsgebieten Tarifverträge am leichtesten einführen, wo einfache Arbeitsmethoden und einfache Arbeitsmittel vorherrschen sind. So hochstehtend die Arbeit des Schriftsetzers auch ist, überall im Norden wie im Süden von Deutschland gilt dieselbe Arbeitsweise, werden dieselben Werkzeuge benutzt und ist dieselbe Art der Arbeitsleistung eingeschürt. Lehnschicht liegt es auch in anderen Industrien, Bauarbeiter, Bekleidungsindustrie usw. Deshalb wird die Tarifentwicklung in der Elektrotechnik und im Maschinenbau immer in bescheidenen Grenzen stecken bleiben, weil hier eine totale Verschiedenheit und ungewöhnliche Mannigfaltigkeit der Fabrikation vorhanden ist.“

Zu einzelne Teile der Metallindustrie, insbesondere wo Zeitlohn möglich ist, hat der Tarifvertrag begonnen einzudringen; so enthält die Sammlung von 1906 eine größere Zahl von Formertarifen und sonstigen Metallarbeitertarifen. Von den Tarifen des Metallarbeiterverbandes für 1907, die hier bekannt sind, sind 23 Feilenhauer, 28 Formierer, 12 Gießmetallarbeitertarife, 61 Tarife für Metallarbeiter ohne nähere Bezeichnung. Über der eigentliche Kern dieser Gewerbe ist von dieser Vertragsform nicht berührt. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß auch hier die weitere Entwicklung in der Richtung des Tarifvertrags unter Überwindung der Hindernisse sich vollziehen wird. Lehnschicht Gesichtspunkte treffen auch für die Textilindustrie zu, in der immerhin für einzelne Bezirke die Schaffung von Altordtarifen gelungen ist. Daß die Aufgabe hier technisch lösbar ist, zeigt die englische Textilindustrie. Soweit sich übersehen läßt, wird mit einer Änderung der Stellungnahme dieser Gewerbe in aller nächster Zeit aber kaum zu rechnen sein. Es kommt hinzu, daß für Exportgewerbe die Frage überhaupt noch anders zu beurteilen ist als für Gewerbe, welche nur für den lokalen Markt arbeiten. Das Interesse am Tarif beginnt in diesen Gewerben für den Unternehmer erst dann, wenn seine ganze inländische Konkurrenz an den Tarif ebenfalls gebunden ist. Es genügt nicht, daß die örtliche Konkurrenz gebunden ist, wie zumeist im Handwerk. Daraus ergeben sich Verschiedenheiten, welche die Stellungnahme dieser Gewerbe psychologisch erklären.

Sieht man von diesen Gruppen ab, so ist im Jahre 1906 eine starke Entwicklung des Tarifvertrages in den Tarifgewerben erfolgt, die sich seit 1906 noch verstärkt fortgesetzt hat. Das Kaiserliche Statistische Amt hat für 1906 allein 1646 Tarife gesammelt, mehr als der Bearbeitung des amtlichen Tarifwerks von 1906 überhaupt zu Grunde lagen.

Die zweite bedeutsame Erscheinung ist die Entwicklung von der örtlichen zur zusammenfassenden einheitlichen Regelung der Arbeitsbedingungen in einer großen Reihe von handwerklichen und industriellen Gewerben. Während im Jahre 1905 in Deutschland nur fünf nationale Tarife bestanden, welche alle in die Gruppe der graphischen Gewerbe fallen (Vinchdrucker, Lichdrucker, Notenstecher, Chemigraphen, Superdrucker), hat seitdem in einer Reihe von Gewerben, insbesondere im Baugewerbe — Maurer, Zimmerer, Maler, Stuckateure, Steinseher —, in der Holzindustrie, im Schreinergewerbe, in der Steinmeindustrie, in der Federindustrie eine Bewegung eingesetzt, welche auf einheitliche Festsetzung der tariflichen Abmachungen hinzweist. Alle Einzelheiten gibt die spätere Darstellung. Hier nur so viel, daß diese Bewegung sich daraus erklärt, daß, wenn man überhaupt die Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln beginnt, das Gewerbe ein Interesse daran hat, daß dies auch nach möglichst einheitlichen Gesichtspunkten geschieht. Insbesondere ist dies ebenso wie ein Interesse der Arbeiter auch ein Interesse des Arbeitgebers, da er auf dem Wirtschaftsmarkt für seine Artikel mit dem Angebot anderer Städte und Beziehungen in Wettbewerb zu treten hat. Es ist für ihn nicht gleichgültig, wie die Löhne in den anderen Bezirken

geregelt sind, sondern er hat das lebhafteste Interesse daran, daß sie in einem ganz bestimmten Verhältnis zu den von ihm gezahlten Löhnen stehen. Wir finden daher heute bei der Weiterentwicklung des Tarifs ein starkes industrielles Interesse nach einheitlicher Regelung für möglichst große Gebiete und einheitlichen Ablaufsterminen. Die Verhältnisse werden dadurch klarer, aber Erschütterungen der tarifistischen Regelung, wenn sie unter solchen Umständen erfolgen, haben größere Bedeutung; diese Entwicklung bedeutet eine bemerkenswerte Veränderung von weittragenden Folgen und hängt mit der immer stärkeren Konzentration der Organisationen auf beiden Seiten zusammen.

Um dies zu veranschaulichen, mögen die neuesten Zahlen über die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber zusammengestellt werden. Für die Arbeiterverbände liegen Zahlen teils für 1906, teils für 1907 vor. Nach den neuesten Angaben hatten die freien Gewerkschaften 1.863 550 Mitglieder (1907), D. Gewerbevereine 105 693 " (1906), Christlichen 351 760 " (1907), Unabhängigen 130 870 " (1906).

Das sind rund 2,45 Millionen Mitglieder, dazu treten die Organisationen der Privatangestellten mit rund 600 000 Mitgliedern. Von 1903 bis 1907 hat die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften, ebenso wie diejenige der christlichen Gewerkschaften sich verdoppelt. Über die Arbeitgeberverbände liegen genaugleichende nicht vor. Dem Kaiserlichen Statistischen Amt sind rund 1100 Arbeitgeberverbände bekannt geworden. Am zahlreichsten sind sie vertreten im Bauwesen und in der Holzindustrie, den beiden großen Streitgewerben, aber sie fehlen in keinem einzigen der deutschen Gewerke mehr, selbst nicht in der Landwirtschaft.

Während sich auf dem Gebiete des tatsächlichen Abschlusses des Tarifvertrags eine Weiterbildung vollzogen hat, ist gleichzeitig die Rechtswissenschaft bemüht gewesen, die juristischen Fragen des Tarifvertrages zu durchdringen, und ebenso hat die Rechtsprechung, besonders der Gerichtsgerichte, weiteres Material zur rechtlichen Beurteilung des Tarifvertrags beigebracht.

Im Ausland haben seither eine Reihe von gesetzgeberischen Versuchen auf dem Gebiete der gesetzlichen Regelung der einschlägigen Fragen stattgefunden oder werden vorbereitet. Im Anschluß an die Darstellung im ersten Band des amtlichen Tarifwerts von 1906 wird ein Überblick über den gegenwärtigen Stand der internationalen gesetzlichen Regelung gegeben. Die Zahl der Vorschläge für die Gesetzgebung in Deutschland ist groß; auf sie wird im einzelnen bei der Darstellung der Rechtsfragen des Tarifvertrages eingegangen.

## Wirtschaftskrise und Arbeitslosenstatistik.

Beläufiglich ist auch prinzipiell von den Gegnern der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung gegen sie eingewendet worden, durch diese Arbeitslosenunterstützung würde der Staat seiner Verantwortlichkeit gegenüber den Opfern der widersinnigen kapitalistischen Wirtschaftsmethode enthoben, die schlimmsten Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsweise würden verschleiert. Wenn auch dieses, dem Wesen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung nicht gerechtwerdende Argument unsere Gewerkschaften nicht von der Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgehalten hat, so kann doch nicht bestritten werden, daß die in weitem Umfang von den Gewerkschaften geleistete Arbeitslosenfürsorge einer breiteren Öffentlichkeit die zurzeit existierende enorme Arbeitslosigkeit und Lohnverringerung sehr abgeschwächt zum Bewußtsein bringt. Selbst in dem Hochkonjunkturjahr 1908 haben die freien Gewerkschaften Deutschlands 2.653 296 Ml. an arbeitslose Mitglieder ausgezahlt; 1907 stand die zweite Jahreshälfte schon fast vollständig unter dem Einfluß der internationalen Wirtschaftskrise, die Arbeitslosenziffer stieg erheblich. Über die Höhe der gezeichneten Arbeitslosenunterstützung liegen für 1907 noch keine abgeschlossenen Zahlen vor, sie dürfte aber mehr als 50 p.C. höher sein als 1906. Das Jahr 1908 aber ist erst recht ein stricken Jahr ersten Mangels.

Das ist schon ersichtlich aus der internationalen Eisen- und Stahlproduktionsstatistik. Die deutsche Roheisenproduktion betrug jeweils in den ersten Halbjahren

1902	4 013 776 Tonnen
1903	4 934 532 "
1904	4 999 413 "
1905	5 098 588 "
1906	6 063 128 "
1907	6 355 953 "
1908	6 049 721 "

Nach 1903/1904 befand sich die deutsche Eisen- und Stahlindustrie in einer Depressionsperiode; dennoch stieg damals die Roheisenherstellung. Im ersten Semester 1908 ist dagegen die Produktionsziffer sogar hinter der von 1906 zurückgeblieben, während gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Werke derartig gesteigert wurde, daß in manchen Hochofenbezirken jetzt nur kaum 50 p.C. der Erzeugungsmöglichkeit ausgenutzt wird! Die Unternehmer selbst klagen, es habe seit vielen Jahren, vielleicht seit Jahrzehnten nicht so schlecht mit den Aufträgen gestanden wie dieses Jahr. Dennoch müssen sie doch aufstellen, daß die breite Öffentlichkeit weniger als in früheren Krisenjahren von der Zahl der vollständig oder teilweise Arbeitslosen erfährt. Zweifellos ist auch der Grad der Arbeitslosigkeit in der Metall- und Maschinenindustrie, dem Textil-, Holz- und Baugewerbe ziemlich außerordentlich stark, und was am schlimmsten ist, die Aussichten auf baldige durchgreifende Besserung lassen

sich nicht erkennen. Die Berichte aus der belgischen, französischen, englischen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie zeigen ebenfalls sehr stark reduzierte Produktionsziffern, dementsprechend auch verringerte Beschäftigung der Arbeiter. Das Juillet des monatlichen Organs des britischen Maschinenbauergewerbevereins bringt eine geradezu erschreckende Arbeitslosenstatistik dieser Arbeiterorganisation. Während 1907 im Januar von den Mitgliedern 1% p.C. erwerbstos waren, im Mai nur 2% p.C., bewegte sich die Arbeitslosenziffer 1908 von 4% p.C. im Februar in rapide steigender Linie bis auf 12% p.C. im Mai! Von 110 918 Mitgliedern waren 12 728 im Mai ohne Beschäftigung! Zieht man in Betracht, daß in der Regel die gelernten organisierten Maschinenbauern dauernd Beschäftigung haben als die „ungelernten Arbeiter“, so kann man sich vorstellen, wie enorm im allgemeinen die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien sein wird. Solange die britischen Trade Unionisten sich mehr oder weniger passiv gegenüber der parlamentarischen Aktion verhielten, erschien das Problem der Arbeitslosenfürsorge hauptsächlich als eine interne Gewerkschaftsangelegenheit. Nun aber die staatliche Arbeiterreaktion im Unterhause wiederholt und nachdrücklichste die Arbeitslosen in Verbindung mit der Invalidenversicherungsfrage zur Förderung gebracht hat, kommt es auch dem indifferenzen Publikum zum Bewußtsein, daß die Arbeitslosenfrage nicht so sehr eine gewerkschaftliche als eine Angelegenheit der sozialen Gesetzgebung überhaupt ist. Was die Trade Unions bisher in dieser Beziehung leisteten, bedeute eine enorme Entlastung des Staates und bewirkt tatsächlich eine Einschärfung des öffentlichen Gewissens.

Mehrliches volzholt sich auch in Deutschland. Von 1891 bis insj. 1906 haben hier die freien Gewerkschaften für Arbeitslose „am Ort“ und auf der Meile schon über 20 Millionen Ml. Unterstützungen verausgabt! So weit die vorliegenden Sonderberichte einen Rückblick zulassen, werden 1907/1908 die Gewerkschaften allein mindestens acht Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützungen (hll. Meisegelder) zu leisten haben. Eine ungeheure Summe! Aus diesen Situationsberichten der Fachzeitungen entnehmen wir, daß die betre. Ortsvereine vornehmlich durch die Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen derart besetzt sind, daß schon für mehrere Jahrestypen Rückisse aus den Zentralklassen erforderlich würden. Die eigenen Ortsnahmen reichen also dort schon nicht mehr aus. Es ist ferner zu beachten, daß auch die Krankenunterstützung in den Krisenjahren vielfach den Charakter einer Arbeitslosenunterstützung gewinnt, insfern Erwerbstose leichter geneigt sind, einige Tage länger zu feiern, da sie so wenigstens ein, wenn auch dürliges Einkommen haben, öfter auch die Arbeitslosigkeit benötigen, um längst vorhandene Krankheiten zu luxieren.

Unseres Erachtens wäre es ein faum wieder gut zu machen der Fehler, wenn die Gewerkschaftszentralen es unterlassen, ihre Erfahrungen und Beobachtungen über den Grad und die sozialen Wirkungen der Arbeitslosigkeit in den betre. Gewerben der breitesten Deutlichkeit in der möglichst aussätzigen Weise zu unterbreiten. Es genügt durchaus nicht, die in manchen Berufen zurzeit außerordentlich hohen Ziffern der Erwerbstose in der speziellen Fachpresse statistisch zu vorwerfen. Diese Presse kommt kaum über den Kreis der Berufsgenossen hinaus und wird sicherlich von der großen Tagespresse bürgerlicher Richtung sehr wenig beachtet. Auch die an sich noch sehr unvollständige Arbeitslosenstatistik im Reichsarbeitsblatt ist wohl ungeeignet für die Information der breiten Öffentlichkeit. Nicht alle Verbände berichten, nicht alle zahlen Arbeitslosenunterstützung, manche nur zeitweilig, manche registrieren nur die bezugsberechtigten Arbeitslosen. Auch daraus erkennt sich der merkwürdige Kontrast zwischen den auch unternehmersets zugegebenen sehr triiben Gewerbsverhältnissen und der sehr mangelhaften Information der Öffentlichkeit über den tatsächlichen Umsatz der völlig oder teilweise Verdienstlosigkeit. Über die enormen Betriebseinschränkungen z. B. in der Textil- und Kleidungsindustrie steht dort eingelegt sind, wie hoch der Lohnentgang ist, darüber ist auch die Arbeiterprofe selber nur sehr mangelhaft auf dem Laufenden. Zweifellos berichtet jetzt in einer Vielzahl textilindustrieller Distrikte Deutschlands ein vielseitig seit Jahrzehnten nicht erlebtes Arbeiterleid, das gänzlich in erheblichen Zweigen der Holzindustrie. Die gezahlte gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung mildert gewiß manche bitterste Not, darf aber deshalb nicht absätzig beurteilt werden. Aber wir müssen doch die Tatsache konstatieren, daß nach Lage der Sache die Arbeitslosenunterstützung indirekt, natürlich wider die Absicht der Unterstützungszahl, dem Unternehmertum nützt, den vollen Umfang der kapitalistischen Mhwirtschaft vor der Öffentlichkeit zu verdecken.

Dem kann nun aber leicht entgegengewirkt werden, wenn die Gewerkschaftsleiter einen umfassenden Bericht für die Tagespresse über die Arbeitslosen im Gewerbe, die erfolgten Lohnkürzungen, Arbeiterentlassungen, Betriebseinstellungen etc. einrichten. Besonders wirksam sind Stichproben und Momentabbericht von den von der Krise vorzüglich heimgesuchten Industrien und Handwerken, nebst Vergleichen des Einkommens mit der Haushaltungsrechnung. Es kann nicht gelehrt werden; die Unternehmerverbände halten durch ihre Geschäftsführer in einer so systematischen Weise die Presse über die Vorgänge in dem betr. Gewerbe — und zwar im arbeitsschädigenden Sinne — auf dem Laufenden, daß die Arbeiterorganisationen dadurch vielfach in einem verzerrtenilde erscheinen müssen, ihre Forderungen und Beschwerden von vornherein als „übertrieben“, „jeder Grundlage entbehrend“ u. a. verächtigt werden.

Eine bessere und fortlaufende publizistische Bewertung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen würde der Arbeitervertretung im Parlament auch das wertholste Material für die Begründung der von den Gewerkschaften geforderten Gesetze bieten. Arbeitszeitverkürzung, Feimarbeit, Kinder- und Frauenschutz, bieten. Noch aktueller erscheint die Belehrung unserer Anregungen mit Rücksicht auf die in der Wache befindliche große „Meisler“ (reform) ohne Zweifel soll es wieder mit direkten Steuern und Verbrauchsabgaben dem wirtschaftlich schwächsten Volksteil an den schnellen Geldbeutel gehen. Man wird wieder von dem „gestiegenen Wohlwohlstand“, den „höheren Löhnen“ und dergl. reden und damit „beweisen“, wie herrlich weit es die deutschen Arbeiter gebracht haben. Diese Schönfärberei müssen die aichgrauen Wirklichkeitsbilder aus dem Arbeitslosenelend und der systematischen Rohstoffsklaverei entgegnegehen, um die „nationale“ Wirtschafts- und Steuerpolitik der Herrschenden vor dem Volke zu brandmarken. Je mehr wichtiges Material die gewerkschaftlichen Vertrauensleute für die Volksvertreter zusammentragen, um so besser für die Gewerkschaften und für das Volk in seiner Gesamtheit.

## Aus unserem Beruf.

### Arbeiterinnen.

**Spandau.** Einem schönen Erfolg haben unsere Kolleginnen in der Spedition „Vormärts“ durch ihre Organisation zu verzeichnen. Anfangs Juli reichten dieselben ihre Forderungen ein und am 22. d. Mon. wurde nachstehender Tarifvertrag vereinbart:

#### Tarifvertrag.

Zwischen der Partei-Spedition „Vormärts“ Spandau sowie dem deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Spandau, Bezirk Groß Berlin, unter Hinzuziehung des Wahlvereinsvorstandes der sozialdemokratischen Partei wurde in der Zeitung vom 15. Juli 1908 nachstehender Tarifvertrag abgeschlossen:

1. Für das Auszügen des „Vormärts“ erhalten die Aussträgerinnen für zusammenliegende Straßen innerhalb der Stadt und Michelsdorf ab 1. 7. 08 pro 100 Exemplare und Monat 2,50 Ml.

2. Für entlegene Straßen und Häuser, wie: Streu, Rauch, Wolf, Straße Nr. 6, Schmidt, Senobelsdorf, Wöhrle, Tiefwerder, Hölderichstr. und Voelkelsfelde pro Exemplar und Monat 2,50 Pf.

3. Für Landbezirke, z. B. Hackenfelde, Kadeland, Pionierstr., Staaken, Almaliendorf, Watower Weg, Nonnendamm, Seegfeld, Falkenhagen pro Exemplar und Monat 2,75 Pf.

4. Die Parteidistribution ist gehalten, nach der Regelung der in Aussicht genommenen Prüfung der Lohnfrage in den Berliner Parteidistributionen sich den Berliner Abmachungen anzuschließen.

5. Für periodisch erscheinende Druckschriften wird pro Exemplar 1 Pf., für nicht periodisch erscheinende Druckschriften werden pro Exemplar 2 Pf. gezahlt.

6. Krankenkassen und Invaliditätsbeiträge zahlt die Parteidistribution, dieselbe ist weiter verpflichtet, die Aussträgerinnen gegen Unfall zu versichern.

7. Für die Expedition der Zeitungen z. ist den Aussträgerinnen eine wasserfeste Tasche zu liefern.

8. Der Speditionsteil ist gehalten, die Aussträgerinnen auf ihre Organisationspflicht hinzuweisen.

9. Dieser Vertrag hat Gültigkeit vom 1. 7. 08 bis 30. 6. 09 und gilt auf 1 Jahr verlängert, wenn der selbe von keiner der vertragsschließenden Parteien 6 Wochen vorher gekündigt wird.

Für den Wahlvereinsvorstand: Robert Pieser.

Für die Bezirksleitung Gr.-Berlin: gez. Aug. Werner.

Für die Ortsverwaltung Spandau: Emil Stahl.

Für die Aussträgerinnen: Frau Auguste Wein.

Durch diese Abmachungen haben die betreffenden acht Kolleginnen ihre Trägerlöne um 12½ p.C. erhöht, ferner sind dieselben gegen Unfall versichert und wurde die Lieferung von wasserfesten Taschen usw. tatsächlich festgelegt. Hoffentlich schenken auch die Kolleginnen in den bürgerlichen Betriebserwerben die Vorteile einer starken Organisation ein, besonders wo dort noch Trägerlöne von 10—15 Pf. pro Exemplar bei zweimaliger täglicher Bestellung gezahlt werden.

Den Kolleginnen aber möchten wir zurufen, feste und treue Mitglieder unserer Organisation zu bleiben und in Zukunft alle ihre Berufskolleginnen auf die Vorteile einer starken gewerkschaftlichen Organisation aufmerksam zu machen, sodass in absehbarer Zeit auch bei den bürgerlichen Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer grundsätzlichen Remodur unterzogen werden können.

### Automobilführer.

**Berlin.** Ein zusammengefaßter Kompositaufbau unseres Berufes. Bekanntlich gibt es auf allen Gebieten Wölfe. Alles, was sich nicht vollkommen, wird gewöhnlich zu dem Minderwertigen geworfen oder sondert sich von selbst ab. Unter den Wölzen ist es das Unkraut, in der Tiefe sind das die Schädlinge und unter den Menschen sind es die geistig Minderwertigen. Aus allem aber versteht es der Kapitalist, seine Nutzen zu ziehen. So werden nach Besitzungsprozessen aus Wölzen die billigsten Waren fabriziert und aus der Dummheit der Menschen wird das schmiede Kapital geschlagen. Schmarotzerische Elemente sind aber überall dabei; um dem armen unternehmenden Kapitalisten bei seiner Profitier befählich zu sein. So ist es auch in unserem Berufe. Vor 1½ Jahren hatte sich schon eine gelbe Stütze des Unternehmertums, Herr Will, vorgenommen, den deutschen Transportarbeiter-Verband mit Hilfe der gesetzlichen Fasche zu zerstreuen. Er ist dabei ohnmächtig geworden und beläuft selbst einen Ekel vor der schmutzigen Masse. Ein paar Brocken blieben davon im Betrieb „Bedag“ und „Kandel-

hard" zurück. Da kam kürzlich der Brockenammler der Gelben aus der Metallindustrie, Herr Petersdorf und sammelte was noch übrig blieb, kleisterte es mit vieler Schmiede zusammen und nannte das Ding „Deutscher Automobilfahrer-Verein“, Mitglied des gelben Arbeitervorstandes zur Unterstützung des Unternehmertums. Dieser Herr glaubt gewiß, daß hier ein Gebiet vorhanden ist, wo die Dummis nicht alle werden. Wohlweislich wählt er zu seinem Vorhaben die traurige Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen Krise, um alle die einzufangen, welche durch ihren gestigten Rückstand die schlechte Lage nicht begreifen können. Die paar Mitglieder, mit denen dieser Herr jetzt prahlten geht, gönnen wir ihm, er befindet sich da in ebenbürtiger Gesellschaft. Unseren Kollegen rufen wir zu: wer sich nicht von Mäden aufpressen lassen will, der melde den Kompositen in der Chausseestraße und bleibe der es ehrlich meintenden und Arbeiter-Interessen vertretenden Organisation, dem deutschen Transportarbeiterverband, treu.

**Nürnberg.** In je einer Nachmittags- und Abendversammlung nahmen die Chauffeure Nürnbergs am 21. Juli Stellung zu den neuesten Vorkommnissen in der Automobil. Unter Anderem wurde seitens des Bevollmächtigten der Entwurf des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen gebührend erläutert, und die drakonischen Strafen, welchen die Chauffeure darin ausgegesetzt sind, besonders erwähnt. Das ein einstimmiger Protest aller Chauffeure gegen diese Gesetzesvorlage unumgänglich ist, muß für die Beteiligten klar sein, doch sollte erst abgewartet werden, in welcher Weise unser Fachblatt, der Courier, mit der Kritik des Entwurfs einseht.

Des Weiteren wurde die neue ortspolizeiliche Vorschrift behandelt, welche das Umnachten der Autos in einer Straße erst bei der nächsten Querstraße gestatten will. Das Unsinige dieser Vorschrift wurde von allen Rednern genügend gewürdigt, nur schade, daß die wirklichen Macher oder Veranlasser dieser Vorschrift, der berühmte bayerische Automobilklub, nicht vertreten war, sonst hätten die tonangebenden Herren dieses Vereins auch ihr Lob hören können.

Derselbe Automobilklub hat auch einen Antrag der Automobildroschken-Gesellschaft, wonach den Wagenführern von der Behörde untersagt werden soll, während des Dienstes Alkohol zu genießen, eifrig beim Stadttagessatz unterstellt. Ein solches Verbot zu erlassen ging selbst dem Nürnberger Polizeisezess zu weit, und er lehnte den Antrag mit der Begründung ab, daß die Dienstzeit der Kraftwagenführer lange währt, sich auch bis in die Nacht erstreckt, und Trunkenheit während des Dienstes ohnehin untersagt sei.

Interessant ist die Behauptung einiger Kollegen, daß es der Automobildroschken-Gesellschaft anscheinend weniger darum zu tun ist, den Alkoholgenuss der Chauffeure einzuschränken oder ganz zu verbieten, sondern sie kann es überhaupt nicht sehen, wenn Wagenführer inzwischen eine kleine Stärkung zu sich nehmen, und beklagt sie mehr den Betrieb und eventuellen Verdienstentgang der Angestellten. Es wäre aber auch zu originell, den öffentlichen Kraftwagenführern essen und trinken zu verbieten, während die Besitzer von Privat-Autos, welche meist selbst Chauffeuren spielen, stundenlang in Hotels, oder gar in Häusern mit großer Nummer verweilen, und ihr Gefährt auf der Straße stehen lassen.

Daz in genannten Häusern nicht nur Wasser getrunken wird, versteht sich von selbst, und so mancher hochgeborener Chauffeur konnte beobachtet werden, wie er nach Verlassen der gastlichen Häuser in der heitersten Stimmung sein kostbares Auto in rasendem Tempo durch die verkehrsreichen Straßen in unsicherster Weise dirigierte. Hatte vielleicht der bayrische Automobilklub bei seiner Eingabe an den Stadttagessatz jene Herren im Auge? Man sollte annehmen, daß dies nicht der Fall sein könnte, denn diese Autoführer gehören ja gewöhnlich dem Automobilklub als wohlbestellte Mitglieder an. Also sollen nur die öffentlichen Kraftwagenführer unter Kuratell gestellt werden. Ganz nach berühmtem Muster!

In der Diskussion wurde noch darauf hingewiesen, daß es für den genannten Klub, wenn er nützbringend wirken will, ganz andere Aufgaben gäbe, als Schnellsäpfer anzugeben und derartige unzählige Eingaben zu machen.

So sollte zunächst ergründet werden, zu welchem Zweck der Stadttagessatz denn eigentlich die sogenannten Testfahrten von 65—90 km. angeordnet habe, an denen sogar Gäste der Herren Magistratsräte beteiligt hätten. Solche Gratisfahrten sind ein erheblicher Schaden für die Führer, sowohl als auch für die Autohalter.

Ferner hätte der Automobilklub dagegen protestieren sollen, daß in dem finsternen, aber verkehrsreichen Marien-tunnel zwei Weichen für den Straßenbahnbetrieb gelegt wurden, so daß dort größere Unglücksfälle unvermeidlich sind.

Schließlich wäre dem genannten Klub, dem auch die Inhaber der Autodroschkengesellschaft angehören, jetzt eine vorzügliche Gelegenheit gegeben, den Beweis zu erbringen, daß das Asphaltplaster an den Autohaltestellen noch nicht repariert zu werden brauchte, während nahezu die ganze Königstraße gesichtet werden musste. Die Aufstellplätze sind jetzt zwei Jahre in genannter Straße, und immer wieder wagt man die Behauptung aufzustellen, die Autos ruinierten dieses Plaster. Man droht sogar fortgesetzt mit Entfernung der Wagen aus jener Straße, was für die Autohalter und Wagenführer gleichbedeutend mit einer Verurteilung der Einnahmen wäre.

Die Diskussion hat erwiesen, daß für die sorgsamen Herren vom bayrischen Automobilklub ein reiches Arbeitsfeld vorliegt, wo sie sich viel nützlicher machen können, als mit dem Verbot des Alkoholgenusses.

Jeder Kraftwagenführer weiß, daß ihn das geringste Vergehen in Bezug auf Trunkenheit existenzlos machen würde.

Ein Antrag, alle Monat eine Versammlung zu halten, wurde zum Schlüsse einstimmig angenommen.

### Droschkenführer.

**Fahrcheinentziehung.** Was dies für einen Droschkenführer bedeutet, kann eigentlich nur derjenige ermessen, welcher schon einmal davon betroffen ist.

Es bedeutet so viel als wie die vorläufige Vernichtung seiner bisherigen Existenz. Sie kann aber auch unter Umständen die völlige Vernichtung derselben mit sich bringen, und ist dies gewöhnlich dann der Fall, wenn der davon Betroffene sich nicht mehr in jüngeren Jahren befindet.

Für einen jüngeren Mann ist es immerhin noch leichter, in einer anderen Branche als Arbeiter oder Wagenführer Beschäftigung zu finden; ein älterer Mann aber, welcher auf dem Droschenbock alt und grau geworden, dessen Glieder steif und morsch, oftmais vom Rheumatismus geplagt sind, kann überall vergebens ankommen, ehe er ein Unternehmen findet, welches ihm soviel abwirft, daß er auf seine alten Tage nicht zu hungern braucht.

Wie können hier getrost behaupten, daß es nicht immer die schlechten Wagenführer sind, welche man durch die Entziehung des Fahrzeugs ihrer bisherigen Existenz beraubt.

In Groß-Berlin, wo die Droschkenführer, wie möchten beinahe sagen, als Freiwild gelten, wo nicht nur jeder Polizeibeamte, sondern so mancher aus dem Publikum es sich angelebt, sein läßt, irgend welche Übertretung zur Anzeige zu bringen, auch wenn sie auf noch so schwachen Füßen steht, ist es eine Kleinigkeit, einen Droschkenführer zu Fall zu bringen. Man notiert sich die Wagennummer des selben, schreibt das, was man als Übertretung angesehen hat, hinzu, setzt seinen Namen darunter und schickt dies an das Kgl. Polizeipräsidium. Darüber, ob die Anzeige wirklich stichhaltig ist, lassen sich die Herren auf dem Präsidium keine grüne Haare wachsen.

Des Weiteren wurde die neue ortspolizeiliche Vorschrift behandelt, welche das Umnachten der Autos in einer Straße erst bei der nächsten Querstraße gestatten will. Das Unsinige dieser Vorschrift wurde von allen Rednern genügend gewürdigt, nur schade, daß die wirklichen Macher oder Veranlasser dieser Vorschrift, der berühmte bayerische Automobilklub, nicht vertreten waren, sonst hätten die tonangebenden Herren dieses Vereins auch ihr Lob hören können.

Wie rigoros in dieser Beziehung vorgegangen wird, dies wollen wir hier an zwei Beispielen beweisen. Einer unserer Kollegen erhielt seitens des Königl. Polizeipräsidiums folgende Verfügung, wo-

durch ihm der Fahrzeugschein entzogen wurde.

Seit Ihrer im September 1898 erfolgten Le-

gitimation als Droschkenfahrer haben Sie außer mehrfachen polizeilichen Bestrafungen wegen Zu-

widerhandelns gegen die zur Sicherung und Regula-

tion des öffentlichen Verkehrs erlassenen Vorschriften, sowie wegen Verübung groben Unrechts im

ganzen bereits acht gerichtliche Bestrafungen erlitten, darunter im Jahre 1899 wegen fahrlässiger Körper-

verletzung mit 80 Mk. eventl. 5 Tage Haft.

Zuletzt sind Sie gerichtlich bestraft worden:

- a) durch Erkenntnis des Kgl. Schöffengerichts Berlin-Mitte vom 28. Oktober 1907, wegen Rötigung und Vergehen gegen die §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung mit einer Woche Gefängnis.
- b) durch Strafbefehl des Kgl. Amtsgerichts Berlin-Mitte vom 19. März 1908 wegen Übertretung der §§ 16 und 18 der Polizeiverordnung vom 29. September 1906 und des § 360, 10 R.-St.-G.-V. mit 5 Mk. eventl. 1 Tag Haft.

Eine Androhung der Fahrcheinentziehung hat bei Ihnen nichts gefrchtet. Es werden Ihnen daher nunmehr auf Grund des § 48 der Droschkenordnung vom 16. Februar 1905, nachdem Ihnen bereits die Charlottenburger Fahrausweise entzogen worden sind, hierdurch auch die Berliner Fahrausweise dauernd entzogen.

Diese Verfolgung wird, auch wenn Sie sie mit der Beschwerde oder der Klage anfechten sollten, gemäß § 53 des Gesetzes über die Allgemeine Lan-

desverwaltung vom 30. Juli 1883, sofort zur Aus-

führung gebracht werden."

Hierzu wollen wir noch bemerken, daß eine Klage oder Beschwerde festen Erfolg verspricht, wie wir dies an einem andern Fall weiter unten beweisen werden. In dem von uns zuerst genannten Fall konstatiert, daß der Betreffende seit 1898 als Droschkenführer fungiert, also rund gerechnet 10 Jahre. In diesen zehn Jahren hat derselbe sage und schreibe acht gerichtliche Bestrafungen erlitten, was, wenn wir ehrlich sein wollen, für einen Droschkenführer so gut wie nichts besagt; notabene es müßten denn gerade sehr schwere Verfehlungen darunter sein; dies ist aber hier keineswegs der Fall, wenn hier auch eine wegen fahrlässiger Körperverletzung aus dem Jahre 1899 darunter ist, so kann dies aus dem Grunde nicht so schwer ins Gewicht fallen, weil der Kollege nur mit 30 Mk. bestraft worden ist, ein Beweis dafür, daß es nur eine minimale gewesen sein kann und wie leicht ein Droschkenführer in diese Pöbelhaft geraten kann, das brauchen wir hier nicht zu schildern, weil es allgemein bekannt ist. Auch wegen groben Unfug ist der Kollege einmal bestraft worden. Wie derartige Delikte entstehen, ist ebenfalls bekannt; es braucht ein Polizeibeamter mit einem Wagenführer nur eine kleine Auseinandersetzung zu haben, so sammeln sich, was in Berlin zu den Alltäglichkeiten gehört, eine Unzahl Neugieriger, um diesem Disput mit beizuwohnen, und der große Unfug ist fertig, an dem von neun in zehn Fällen der Polizeibeamte oftmals selbst der schuldige Teil ist, denn was man nicht definieren kann, sieht man als groben Unfug an.

Was uns aber der Hauptgrund zur Entziehung des Fahrzeugs gewesen zu sein scheint, ist, daß ziemlich klar ausgedrückt, denn es heißt dar: Zuletzt sind Sie gerichtlich bestraft worden, durch Erkenntnis des

Kgl. Schöffengerichts Berlin-Mitte vom 28. Oktober 1907 wegen Rötigung und Vergehen gegen die §§ 152 und 153 der A.-G.-O. mit 1 Woche Gefängnis."

§ 152 dürfte bekannt sein, er handelt von der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. § 153 sagt: „Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges u.w. zu bestimmten sucht, an solchen Verabredungen teilzunehmen, kann mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft werden.“ Gegen diese beiden Paragraphen soll der Kollege verstochen haben. Was dies nun für eine Einwendung auf die Führung einer Drosche haben soll, das wird selbst den Weisheiten der Weisen unverständlich bleiben. Die Fahrcheinentziehung findet auf Grund des § 48 der Droschenordnung statt; darin ist bemerklich, daß die erzielten Fahrzeuge solchen Nutzern wieder entzogen werden können, wenn irgend ein Verstoß gegen die §§ 16 oder 47 der Droschenordnung vorliegt.

Zu beiden Paragraphen finden wir aber nicht, daß auch ein Fahrzeugschein dann entzogen werden kann, wenn irgend eine Verfehlung gegen § 152 oder 153 der Gewerbeordnung vorliegt. Da die Paragraphen der Droschenordnung aber richtige Strafgeschäftsparagraphen sind, so kann man sie nach allen Richtungen hin auslegen, und nach diesem Rezept hat man auch hier in diesem Fall gehandelt; angenommen ist einfach, daß der Betreffende zu Ausschreitungen neigt, und wenn er sich etwas derartiges noch gegen eine Stütze der heutigen Staatsordnung, einem Arbeitswilligen, zu schulden kommen läßt, dann ist er auch nicht mehr fähig, seinen Beruf als Droschkenführer nachzuführen. Wirklich eine wunderbare Auslegung. Hieraus geht zu Evidenz hervor, daß auch die Polizei ihr mögliches tut, den Personen, welche für Verbesserung ihrer Lebenslage eingetreten sind, den Vorwurf etwas höher zu hängen; natürlicherweise hat man dafür die nötigen Gründe, welche ja bekanntlich wohlheit wie Brombeeren sind. Es wird also auch hier nach berühmten Mustern gearbeitet; hat sich ein anderer Arbeiter misslich gemacht, so kommt er auf die schwarze Liste und kann sich Blutschäden laufen, ehe er wo untersucht wird. In unserem Fall, wonach die Genehmigung der Polizei vorliegen muß, um Arbeit zu erlangen, wird diese entzogen, und die Unternehmer dieses Berufes haben nicht erst notwendig, sich ihre Köpfe darüber zu zerbrechen, auf welche Weise man einen solchen Geist am besten auszuhängen kann, um ihn zur Raison zu bringen. Dieses zeigt so recht, daß beide Faktoren, Polizei und Kapitalismus, einander würdig sind und sich gut zu ergänzen scheinen. Unsere Kollegen werden hieraus die Anwendung zu ziehen haben.

In Kürze wollen wir nun noch einen anderen Fall schildern, um zu beweisen, daß auch wenn im Wege der Klage gegen eine Fahrcheinentziehung vorgegangen wird, dies so gut wie nutzlos ist. Einem Kollegen D. war der Fahrzeugschein entzogen, weil er mehrmals betrunknen gewesen sein sollte und in diesem Zustande jemand missfuhr, wodurch diese Person eine Körperverletzung erlitt. D. erhielt deshalb eine Anklage wegen Körperverletzung, wurde aber freigesprochen, weil ihm hieran keine Schuld nachzuweisen war. Trotzdem wurde ihm auf sein Ersuchen der Fahrzeugschein nicht wieder ausgehändigt. Es wurde nun Klage auf Wiedererteilung des Fahrzeugs in den Wege geleitet. In der Begründung wurde nachgewiesen, daß die Fahrcheinentziehung sich mit auf die von D. begangene Körperverletzung stütze, an welcher ihm jedoch keine Schuld treffe, wie durch Landgerichtsurteil nachgewiesen sei; es könne dies für die Fahrcheinentziehung nicht in Frage kommen, auch wurde vom Landgericht festgestellt, es sei nicht erwiesen, daß der Angeklagte an jenem Abend, als sich die Körperverletzung zugegetragen hatte, angebrunken gewesen sei. Trotz dieser Feststellungen wurde die Klage auf Wiedererteilung des Fahrzeugs vom Bezirksausschuß zu Berlin abgewiesen. In den Gründen heißt es:

„Es gehört nicht zu den Befreiungen des Bezirksausschusses, weiteres zu prüfen, als ob die Polizeibehörde bei Entziehung des Fahrzeugs im Rahmen ihrer Befreiungen geblieben ist. Dies ist der Fall. Nach § 48 der Droschenordnung vom 29. Februar 1905, konnte dem Kläger der Fahrzeugschein verfehlt werden, wenn er wegen Körperverletzung bestraft ist und wiederholt die Bestimmungen der Droschenordnung verletzt hat. Dies trifft hier zu.“

Seine Bestrafung ist nicht streng. Dass er im öffentlichen Dienst betrunknen gewesen ist, steht ebenfalls fest. Es kann zugegeben werden, daß er sonst nichts ist und durch die beigebrachten Befreiungen dies genügend glaubhaft gemacht hat; aber gerade der Umstand, daß er alkoholische Getränke in größerem Maße nicht verträgt, macht ihn zur Pflicht, sich davon zu enthalten; indem er dies nicht tut, hat er selbst die Verleugnung der Droschenordnung herbeigeführt. Es ist lediglich Sache des Beklagten (des Kgl. Polizeipräsidienten), ob er mit Rücksicht auf die vielfachen Befreiungen, daß Kollege jetzt nüchtern, fleißig undstrebsam ist und sich davon hat überzeugen können, daß er ein Recht auf den Fahrzeugschein nicht mehr habe, also bei Wiedererteilung ganz besonders bedacht sein müssen, die Pflichten seines Berufes aufs strengste einzuhalten, noch einmal ihm den Fahrzeugschein wiedertrauen wollen. Der Bezirksausschuß hat keine Befreiung, in dieses Ermeß sein des Beklagten einzulegen.“

Aus den hier angeführten Gründen geht nun klar und klar hervor, daß eine Klage auf Erteilung resp. Wiedererteilung des Fahrzeugs vollständig aussichtslos ist. Liegt erst einmal eine Bestrafung vor, auf Grund dessen der Fahrzeugschein entzogen ist, so ist es in das freie Ermeß des Polizeipräsidienten gestellt, ob einer Wiedererteilung stattgegeben werden soll oder nicht; daß dem die größten Schwierigkeiten entgegenstehen, ist durch obiges erwiesen.

### Handelsarbeiter.

Wo bleibt die Polizei? Ein krafft  
hat von Kinderausbeutung. Wir er-  
halten folgendes Schreiben:

Berlin, den 26. Juli 1908.

An die Redaktion des „Courier“!

In der Nr. 30 des „Courier“ vom 26. d. Jl.  
lese ich eben von der Kinderausbeutung der Firma  
Wiemberger, Lerot u. Co., Stockstr. 67. Daß dieser  
Fall nicht vereinzelt da steht, brauche ich nicht erst  
zu erwähnen, und will Ihnen ein paar Kinder-  
ausbeuter nennen, die noch schlimmer sind als die  
oben genannte Firma. Und zwar wollen wir uns  
jetzt von Herrn H. Schapmann, Weissenburger  
strasse 23, unterhalten. Dieser Herr Schapmann  
hat ein Butterengrosgebschäft, hält 3 Pferde, wofür  
sich hier nur ein Antcher vorhanden ist; außer  
diesem Antcher hält Herr Schapmann, Weissen-  
burgerstr. 23, noch zwei kleine Schulungen, Amt  
Berlin, 9 Jahre alt, und Romanus Teumann, 11  
Jahre alt. Diese beiden Kinder müssen nach der  
Schule, also des Mittags um 1 Uhr, sich bei Herrn  
Schapmann melden, und nun geht es los bis abends

9 Uhr auch später, einer als Mithäher der andere  
bekommt einen Handwagen, und los zur Kundschafft  
geht es. So fährt z. B. der kleine Antch Berlin  
mit seinem Handwagen bis Lichtenberg, nach dem  
Wedding und anderen solchen Strecken mit 3 bis  
4 Kästen Butter; ein Käsch wiegt 60 Pfund, also  
eine Ladung von etwa 2½ Kästen für ein Kind  
von 9 Jahren. Wenn nun diese Jungen als  
Mithäher fahren, dann kommt es sehr häufig vor,  
daß die Butter bis nach dem dritten Hof gebracht  
werden muß, und so quälen sich denn die Kerlins  
mit den 60 Pfund Kästen, daß der Schwelk ihnen  
man so tröst. Und außerdem haben diese Kinder  
von Seiten des Aufsichters noch eine geradezu grobe  
Behandlung zu erleben. Und für all diese Ar-  
beiten und grobe Behandlung erhalten die armen  
Kinder einen Wochenlohn von sage und schreibe  
eine Mark, bei einer Arbeitszeit von etwa 50 Stun-  
den die Woche, also ½ Pf. pro Stunde. Und nun  
während der Schulferien müssen die Kinder den  
ganzen Tag bei Herrn Schapmann sein, und soll  
Herr Schapmann ebenfalls nur 1 Pf. Wochenlohn  
zahlen. Wie steht es denn hier mit dem Kinder-  
schutz? Ich habe schon oft von Kollegen gehört,  
wenn man von solchen Kinderausbeutungen spricht,  
da wenn die Not da ist, meiner Ansicht nach wird  
die Not durch solche Ausbeutungen nicht gelindert,  
sonder verstärkt, und es wäre jetzt zu Wünschen,  
daß doch die Eltern endlich einschreiten, daß  
sie in solchen Fällen mit ihrem Jauer verdienten  
Groschen den Beutel des Unternehmers füllen hel-  
fen, und jedem Kollegen muß ich dringend ans  
Herz legen, wenn Ihr auf der Straße solchen Kin-  
dern mit Handwagen oder über große Strecken fahrt,  
schreibt den Namen der Firma auf und auch den der  
Kinder, und wenn Ihr es nicht selbst fertig be-  
kommen, einen Bericht an unser Blatt oder den  
„Vorwärts“ zu richten, so wendet Euch an einen  
anderen Kollegen, denn es gibt solche doch genug.

Und Herrn H. Schapmann, Weissenburger-  
strasse 23, Butterengrosgebschäft, möchte ich den  
Vorschlag machen, im Halle sich sein Geschäft so  
schlecht rentiert, daß er keine höhere Löhne zahlen  
kann, also deswegen auch keine erwachsenen Ar-  
beiter einstellt, es doch einen ganz anderen Ein-  
druck machen würde, wenn er sich selbst vor den  
Handwagen spaunen möchte, oder ist ihm Bange,  
in den Straßen von Berlin mit einem Handwagen  
zu fahren? Dieses wäre ja sicherlich, da doch der  
kleine Antch Berlin, 9 Jahre alt, es fertig bringt.  
Die anderen Herren werde ich für heute noch  
schonen.

### Ein Vertragsmuster an.

Schweiz das Schreiben. Wir aber fragen: Zu  
welchen Zweck gibt es in Deutschland ein Kinder-  
schutzgesetz? Sieht dieses nur auf den Papier, oder  
sind die Behörden genötigt, ihm ernstlich Bedeutung zu  
verschaffen?

Berlin. Berliner Einnehmer der  
F. v. Berg & Co. „Viktoria“. Selbst auf die Ge-  
schaft hin, von unserer hochwohlblichen Direktion den  
blauen Brief zu erhalten, kann ich nicht umhin, von  
dieser Stelle aus einmal meinen werten und lieben  
Kollegen die Leviten zu lesen.

Zuständig einige Bemerkungen über das besondere  
Wohlbossein der Direktion.

Da ist ja 1 die herrliche Pensionskasse,  
ad 2 die Prämienkontrolle, ad 3 der  
Pensionsabend, ad 4 die prachtvolle  
Reklamenumform mit blauem Stiftbleistift, ad 5  
die Tätigkeitsberichte, ad 6 der Urlaub  
und als Non plus ultra: die Abgütigung  
als Krone des Ganzen läme noch hitzu: die  
schwarze Lebensstellung. Wer wagt es,  
angelehnt an diesen wichtigen Punkte an dem sozialen  
Verständnis der Direktion noch Kritik zu üben.

Da jedoch Theorie und Praxis zwei grund-  
verschiedene Dinge sind, kann ich es nicht untersetzen,  
die Postillonen einzeln unter die kritische Lupe zu  
nehmen.

Pensionskasse! Wer denkt da nicht un-  
willkürlich an seine alten Tage, wo er im Kreise  
seiner Familie aller Not behoben ist! Die Praxis  
zeigt uns andere Bilder, da ist die Pensionskasse der  
Abber, um ein williges Ausbeutungsobjekt zu haben  
und festzuhalten. Schall und Rauch! Leere Worte!

Die Prämienkontrolle ist eine Er-  
findung vom kleinen Elsch, einzige Bränschen hinge-  
worfen zu dem Zwecke, Nebenrentenschäfts in der  
Aquisition zu verlangen.

Der Pensionsverdienst, ein bisher ganz  
respektabler Nebenverdienst, ist seit 1. Juli durch die  
Verteilerung der Touren illusorisch geworden.

Dass die Uniform als Metalline benutzt wird,  
kann jeder einsichtige Kollege nur bestätigen; böse  
Jungen behaupten sogar, daß verschädigte Träger  
dieser Uniformen mit einem Glasschlüssel beschädigt  
sind, obgleich sie ihr unrendner Wagen auf andere  
Gedanken bringen sollte.

Die Tätigkeitsberichte sind ein Zeit  
von jener Art, die das Gute will und das Böse  
schafft.

Der Urlaub ist ohne jedes Kommentar.

Die Aquisitition und der Pensum  
zu tun können sich genau wie Feuer und Wasser  
nie vertragen, das erste Hindernis, um die Kol-  
legen in einer geschlossenen Masse zusammenzu-  
schweißen.

Lebensstellung. Wer besteht von den  
Stolzen beim Lesen dieses Wortes ernst. Seht Euch  
in Euren Bezirken, alle Woche neite Westlicher, ber-  
einste Laubenschild. Kein ist an mir die Reihe,  
lieber Kollege!

Zwei besonders marode Punkte fallen hier auf.  
Wir sehen auf der einen Seite das elgore Vorgehen  
der Direktion, und auf der anderen Seite die Inter-  
essentlosigkeit der Kollegen, welche die Hauptshuld  
trägt, daß die Direktion mit den Einzelheiten Range  
ball spielt.

Wollt Ihr, daß hier bessere Zustände eintreten  
gesetzt werden, dann erscheint in den Besprechungen  
und Versammlungen, welche die Organisation einbe-  
ruft, hier ist der Ort, wo wir über die notwendigen  
Schritte gemeinsam beraten wollen, und wenn ein  
jeder Kollege mich bittet Richtung hin mehr wie bis  
her seine Sichtbarkeit hat, dann ist die Zeit nicht  
mehr fern, wo wir mit der hochwohlblichen Direk-  
tion artiglich Abrechnung halten.

### Gialter Einnehmer.

Berlin. Die bei der Firma Deutsche Feder-Matratzen-Fabrik  
Wilhelm Berg & Co., Inhaber Herren Börsche & Schmidt,  
und den bei ihr beschäftigten Arbeitern, sowie dem Deutschen  
Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, wird heute  
nachstehender Tarif-Vertrag abgeschlossen:

#### A. Regelung des Lohnes.

1. Der Lohn beträgt für Arbeiter unter 20 Jahren  
35 Pf. und für Arbeitnehmer im Alter von 20 bis 25 Jahren  
40 Pf. und für Arbeiter über 25 Jahren 45 Pf. pro Stunde.
2. Das Beispinnen der Matratzen wird in folgender  
Weise bezahlt:

##### a) Holzrahmen

mit Kopfhaken zum Einschlagen oder mit Schlaufen,  
Zwischenstücke aus Holz, mit Schrauben oder Ketten.

Westphalia 75 Pf., Prima 80 Pf., Borussia mit Bändern  
90 Pf., Siesta 65 Pf., W.B.C. 40 Pf., Hermes 80 Pf.,  
Stella 40 Pf., Vera 80 Pf., Berolina 40 Pf., Sakulum  
80 Pf., Altenania 40 Pf., Sana 80 Pf.

##### b) Webrahmen.

Westphalia 65 Pf., Prima 70 Pf., Siesta 55 Pf., Ber-  
olina 80 Pf., W.B.C. 30 Pf., Hermes 20 Pf., Stella 80 Pf.,  
Vera 20 Pf., Sakulum 20 Pf., Altenania 80 Pf., Sana  
20 Pfennig.

3. Zur Höhe anfertigen können folgende Lohnsätze  
in Frage:

W.B.C. lang 25 Pf., kurz 20 Pf., Berolina lang  
28 Pf., kurz 25 Pf., Stella lang 15 Pf., kurz 12 Pf.

4. Die Anfertigung der Haken werden folgende Lohn-  
sätze gezahlt:

Kopfhaken à 1000 Stück 1,25 Mk., Kopfhaken à 1000  
Stück 0,75 Mk., Berolina-Lederhaken à 1000 Stück 0,65 Mk.,  
Westphalia-Lederhaken à 1000 Stück 1.— Mk., Einzelhaken  
10 cm à 1000 Stück 0,60 Mk., Einzelhaken 2 em à 1000  
Stück 0,55 Mk., starke Einzelhaken à 1000 Stück 0,85 Mk.,  
schwache Einzelhaken à 1000 Stück 0,95 Mk.

5. Kopflage in Winkelrahmen incl. Streichen und Be-  
festigen à Holzrahmen 0,40 Mk.

#### B. Regelung der Arbeitszeit.

1. Die Arbeitszeit beträgt für Sommer und Winter  
täglich 9 Stunden.

2. Überstunden dürfen nur in dringenden Fällen ge-  
macht werden.

3. Sonntagsarbeit darf ebenfalls nur in dringenden  
Fällen verrichtet werden und ist hierfür, falls Sonntagslohn  
in Frage kommt, pro Stunde 75 Pf. zu vergütet.

#### C. Sonstige Bestimmungen.

1. Falls ein Arbeiter einen neu eingestellten Arbeiter  
entlernen muß, so ist demselben eine Vergütung von 1½  
Tagelohn hierfür zu zahlen.

2. Mahregelungen wegen Durchführung dieses Tarifes  
dürfen nicht stattfinden.

3. Dieser Tarif gilt vom 8. Juni 1908 bis zum  
30. Juni 1910 und gilt auf 1 Jahr verlängert, falls er  
nicht 8 Wochen vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird.

Berlin, 6. Juni 1908.

Für die Firma:

Deutsche Feder-Matratzen-Fabrik Wils. Berg & Co.

Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband,

Bezirk Groß-Berlin:

P. Liebenow, F. Lambrecht.

Duisburg-Mülheim. Die Einlasslerer, Sektion  
unserer Duisburger Verwaltung, hielt am Freitag, den  
31. Juli 1908, in Ruhrtal ihre regelmäßige Ver-

sammlung ab. Nochmals beschäftigte sich die Versammlung  
mit der Firma Z. Oswald bezw. mit dem  
Geschäftsführer Herrn Lukas. Letzterer war zur Ver-  
sammlung geladen und auch erschienen. Ebenfalls unserer  
Einladung zufolge war der Vorsitzende des Duisburger  
Gewerkschaftsrats und der Redakteur des Niederrheinischen  
Arbeiter-Zeitung erschienen. Herr Lukas rechtfertigte sich  
gegen die gegen ihn in voriger Nummer unseres Organs  
erhobenen Vorwürfe, betonend, daß ein Teil der angezogenen  
Differenzen auf Missverständnisse zurückzuführen seien. So  
sei die Behauptung aufgestellt worden, daß das Geschäft  
Vorteile aus der Einziehung der Gelder durch Pachtan-  
träge ziehe. Tatsächlich kostet das Einziehen der Gelder  
durch die Kassierer den Betrag von sechs Mark zugrunde  
gelegt — 80 Pf., während die andere Art der Einziehung  
35 Pf. entlasten verurteile. Prozente aus dem Post  
aufzutragen eingezogene Summe erhält ev. Herr Lukas nicht.  
Gegen die Organisation der Einlasslerer habe er ebenfalls  
nichts einzubringen. Redakteur Lambrecht erklärte, daß er  
Einsicht in die Bücher der Firma genommen und daran-  
gersehen habe, daß die Gehälter der Einlasslerer nicht zu-  
rückgegangen seien, er empfiehlt den Einlasslerern, sich zu  
organisieren, dann werden sich derartige kleine Differenzen  
leicht aus der Welt schaffen lassen. Mehrere Aufnahmen  
waren zu verzeichnen.

München. Einlasslerer. Am 16. Juli  
1908 gab Kollege Schmidt in einer sehr gut besuchten  
Monatsversammlung Bericht über die Tätigkeit  
der Sektion im vergangenen Halbjahr. Er führt aus:  
Der Wunsch am Ende verflossenen Jahres, die Kol-  
legen möchten auch im kommenden Jahre die Zoll-  
satzität beibehalten, habe sich erfreulicherweise erfüllt.  
Am 8. Monat, 4 Außerordentlichen, 7 Betriebe,  
2 Vertretungsversammlungen, 3 Ausschus-  
sitzungen und 1 Lohnkommissionssitzung haben sich die  
Kollegen teilweise fast vollständig beteiligt. Mehr  
denn je könnte demgemäß Auflösungsarbeit geleistet werden.  
Manchen stampf gegen die Indifferenz aus  
der noch auftretenden Kollegen hatten wir bei all  
rechterhaltung des alten Tarifs in den Betrieben  
durchzufechten. In vielen wurden ungerechtfertigte  
Kündigungen rückgängig gemacht. Die von der  
Firma A. Weichhart angeregte Klage am Schlusse des  
verflossenen Jahres läßt noch hente auf sich warten.  
Manche Kollegen dürften eingesen gelernt haben, daß  
nur eine starke Organisation im stande kam, die Will-  
kür der Arbeitgeber mit Nachdruck zurückzuweisen.  
Viele Solidarität zeigten die Kollegen bei Durch-  
setzung des neuen Tarifs. Der Verein zur Wahrung  
der Interessen Münchener Warenkredithäuser kam uns  
mit der Kündigung des alten Tarifs zuvor, so wurde  
aus einer geplanten Angrißsbewegung eine Ab-  
wehrlohnbewegung. Einmütig kündigten die Kollegen  
hierauf ihre Stellungen ab. Am 1. Mai, und  
nur dieser sicheren Takt und der Ausdauer der Kol-  
legen ist es zu danken, daß nach hartnäckigen Ver-  
handlungen in der letzten Woche im Mai noch ein  
günstiger Tarif mit der Arbeitgebervereinigung ohne  
Arbeitszeitfeststellung zu stande kam, der uns neben ande-  
ren Verbesserungen eine 12 prozentige Lohnhöhung  
brachte. In dem Erfolg sind 76 Kollegen in 19 Be-  
trieben beteiligt. Außerdem genehmigten unter dem  
Druck der letzten Tarifbewegung noch 2 Nachfah-  
rengeschäfte mit je 2 Kollegen freiwillig den Tarif. Die  
größte Kleiderfirma, Altmühl, mit 12 beschäftigten  
organisierten Kollegen, erhöhte die Verkaufsprovision  
um 2 pf., und gewährte den Freitag als freien  
Tag. Fast die ganze Sektion der Einlasslerer mit  
zurzeit 105 Mitgliedern hat durch den letzten Tarif  
abschluß mehr oder weniger Vorteile errungen. Die  
Singer-Nähmaschinen-Einlasslerer, welche durch den  
Kampf im Herbst 1908 ab Januar 1909 eine durch-  
gängliche Lohnhöhung von 4—5 Mk. erhielten  
Lohnen diesen Kampf hätte diese Firma nie einen  
Pfennig genehmigt, sind leider noch nicht aus ihrem  
Sektor erwartet und stehen seit ihrer Fahnenflucht der  
Organisation mit wenig Ausnahmen fern. Ebenso  
wenig konnte bis jetzt unter den Verstärkungsein-  
lasslerern Boden gesetzt werden. Wir sehen somit,  
daß trotz aller Erfolg im letzten halben Jahr noch  
reicher Boden zu bebauen vor uns liegt, wie je-  
doch jeder Kollege seine Pflicht in der Agitation, den  
Samen der Auflösung unter diese Leute zu tragen,  
so werde auch hier in nicht allzu langer Zeit die  
Ernte zum Einholen reif sein. Hier schlägt Mednick  
unter allgemeinem Beifall seine Ausführungen.

Nachdem von einer Diskussion Abstand genommen  
wurde und noch verschiedene Sektionsangelegenheiten  
ihre Erledigung fanden, folgte Schluss der schön  
verfassten Versammlung.

Nürnberg-Günt. Durch einen besonderen Ju-  
nial kam uns folgenden Wunsch zu Gesicht, welcher  
keinen Zweck darüber läßt, daß die sogenannten  
Sektorarbeiter Lizenzen bei den Scharfschäfern nach wie vor  
eine Rolle spielen. Das obige Reglement vorhan-  
dener Talsachen, sowie der versteckte unehrliche Kampf  
dieser edlen Gesellschaft gegen alle Bewohner der  
Arbeiterstadt, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern,  
wird sich ja noch hütten müssen. Heute wird uns erst  
begreiflich, warum ein Kollege von uns nach seiner  
Entlassung aus dem Dienst-Schulertarif, wo er  
nahezu 7 Jahre beschäftigt und all seinen Arbeiten  
nicht brauchbar befunden wurde, volle 17 Wochen  
feiern müsste und an den Toren aller Geschäfte rück-  
sichtslos zurückgewiesen würde. Uns kamen schon  
viele solcher Wünsche durch die Finger, aber keines der  
Originale hat noch darum nach Verdrehung und Ver-  
leugnung gestunken, wie dieses hier;

Ortsgruppe Nürnberg.

Nürnberg, den 26. Juni 1908.

Mundschreiber Nr. 8.  
Der unten benannte Arbeiter hat in einer  
öffentlichen Versammlung einen Meister durch Ver-  
leugnung in seiner Ehre schwer geschädigt; et

hat sich außerdem als sozialdemokratischer Agitator und Heber ganz besonders hervorgetan.

Berndt Böhmerischer Metallindustrieller  
Ortsgruppe Kürtenberg.

Zu R. Schr. Nr. 8 vom 26. 6. 06.

Stadter Georg Fehlinger, 21. 5. 74; Strüllendorf.

Der Betreuende Kollege hat mir folgendes verbrochen: Als Mitglied des Arbeiterausschusses wandte sie eine Arbeiterrätin seines Sohnes an ihn mit der Beschwerde, daß, als sie wegen einer Bagatellsache entlassen werden sollte, der Meister Hammel (Schöner Name) so lange in ihrer unmittelbaren Nähe stehen blieb, bis sie angekleidet war. Das Mädchen schämte sich dabei bis aufs Blut und drückt darüber, daß derartige Vorherrschaften nicht unbedingt bleiben dürfen. Fehlinger hat nun in einer Fabrikversammlung dem Bunde der weiblichen Arbeiterräte entsprochen und Hammel öffentlich losgestellt. Dies wurde der örtlichen Direktion gleich am anderen Tag unterbreitet und diese hat nun, statt das Mettoniess der Räthe zu wählen und den Hammel zu rügen, kurzerhand und mittlerweile eingeschlagen. Damit nicht genug, muß der Mann, der das Vertrauen aller Mitarbeiter getroffen, seine Pflicht als Arbeiterausschusssitzung erfüllt und den zahlreich beschäftigten weiblichen Personen aus dem Herzen sprach, noch auf die schwarze Liste gesetzt werden. Ausgehungen sollte Fehlinger werden, und wenn Fehlinger seine Organisation nicht gehabt hätte, die ihn gebürgt unterstützt hat, würde er sicher auch in den 17 Wochen, wo er arbeitslos war, verhungert sein. Wo bleibt da der Staatsanwalt?

Diese tonatgebenden Herren in den Elementarverkäufen, die so häufig von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit erzählen, sind durch ein derartiges Vorgehen genügend gebrandmarkt und müssen wir lediglich die armen Leute bedauern, die sich noch der Gewerkschaft anschließen, welche von der Firma ausgehalten wird. Wir meinen damit die sogenannten Gesellen. Wenn werden den Leuten die Augen aufziehen, um sehen zu können, daß sie nur zu dem einen Zweck missbraucht werden, um jede freie Menge der Arbeiterschaft unterdrücken zu helfen. Das Märchen von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit mag heute noch bei kindlich veranlagten Naturen ernst genommen werden. Erwachsene und aufgelaufene Männer, die noch einen Funken von Denkgefühl in sich haben, werden wissen, daß ihnen nur durch Abschluß an die freien Gewerkschaften geholfen werden kann.

Daher ein denkender Mann auch sozialdemokratisch wählt, sollte eine Fabrikleitung, die ist derart unverschämter Weise Leute auszuhungern lassen will, nicht besonders bewundern. Oder soll jeder seinen eigenen Meister, also Arbeitgeber wählen? Mit nichts!

### Mineralwasserarbeiter.

**Berlin.** Die bei der Firma Robert Mattens Münsterdorf beschäftigten Kollegen haben eine wöchentliche Auslage von 3 Mk. erhalten. Später die Summe, wenigstens sie sich ganz annehmbar anfühlt, bei der Leitungsteuerung eine allzu große Rolle wahrlich nicht, so ist hierbei doch zu bemerkeln, daß, wenn der Unternehmer nicht durch die Organisation aufgefordert wäre, die Betreuenden auf eine Auslage noch recht lange warten können. Die Kollegen würden sicherlich auch noch andere Vorteile erreicht haben, wenn sie nicht gleich ihrem Arbeitgeber erklärt hätten, auf weitere Verbesserungen im Bezug auf Arbeitszeitverkürzung vor der Hand zu verzichten.

Es wird sich ja zeigen, ob die im oben genannten Betrieb weiter trete Mitglieder des Verbandes bleiben, denn darüber muß sich jeder Arbeiter klar sein, daß dem heutigen Unternehmerin nur eine geschlossene, festgesetzte Arbeiterschaft Vorteile abringen kann. Die Organisation ist für die Berufsaangehörigen stets immer noch die beste Sparkasse gewesen. Sie daher ein jeder seine Pflicht!

### Transportarbeiter.

**Sklaverei im zwanzigsten Jahrhundert.** Wir haben in der letzten Nummer dieses Blattes einen Auszug aus der Arbeitsordnung der Firma Mühlendiek Nachf. in Colmar (Elsass) veröffentlicht. Hölle sind wir in der Lage, des ganzen Dokumentes, das so drafisch zeugt, was im Lande der "Sozialreform" an Arbeiterausbeutung möglich ist, zu bringen. Hier ist der Ufa:

Arbeits- und Lohnordnung  
für die Fuhrleute und Arbeiter der Firma A. Mühlendiek  
Nachf. Frank & Späth, G. m. b. H., Colmar (Elsass).

S. 1. Jeder Arbeiter muß bei seinem Eintritt in das Geschäft seine Quittungskarte der Invaliden- und Altersversicherung in dem Bureau des Geschäfts abgeben.

S. 2. Die Arbeitszeit ist der Natur des Betriebes nach unbegrenzt. In der Regel beginnt der Dienst vom 1. April bis 30. September: Stalldienst 5 Uhr, Anspannen 6 Uhr morgens, vom 1. Oktober bis 30. März: Stalldienst 6 Uhr morgens, Anspannen 7 Uhr morgens, und endet abends nicht Beendigung der vorliegenden Arbeit (möglichst zwölfschichtig). Mittagspause von 12 bis 1½ Uhr.

S. 3. Sonntags vormittags wird 3 Stunden gearbeitet, vom 1. April bis 30. September von 6 bis 9 Uhr vormittags, vom 1. Oktober bis 30. März von 7 bis 10 Uhr vormittags. Diese Zeit wird zur Pflege der Pferde, Geschirre, Wagen, sowie zum Rüterschniden verwendet. Falls Führen zu leisten sind, werden dieselben als Überstunden bezahlt, soviel drei Stunden überschritten werden. Gilgutfuhrer kommen hierbei nicht in Betracht.

S. 4. Entlohnung ist wenn nicht andere schriftliche Vereinbarungen vorliegen, für beide Tiere acht Tage und kann dieleben an jedem Werktag erfolgen.

S. 5. Lohnzahlung ist jeden 15. und letzten eines jeden Monats. Fällt einer dieser Tage auf einen Sonn- oder Feiertag, so erfolgt die Lohnzahlung am Tage nachher.

S. 6. Krankenfalls-, Unfall- und Invalidenversicherungsverträge werden an dem Lohn nicht gekürzt, sondern von der Firma getragen.

S. 7. Dienstleistung besteht aus Mühe, Tasche und Schärze und wird von der Firma gestellt. Zu den Schärzen zählen die Fuhrleute einen Beitrag zu den Selbstkosten. Beitschen können von der Firma zum Selbstkostenpreis bezogen werden.

S. 8. Der Lohn beträgt pro Monat: Für Einspanner im Anfang 70 Mk. für Zweispänner und Arbeiter im Anfang 75 Mk. Bei zufriedenstellender Leistung und Führung steigt derselbe halbjährlich um 2,50 Mk. pro Monat für Einspanner und Zweispänner und Arbeiter bis zum Höchstgehalt von 75 Mk. für Einspanner und 80 Mk. für Zweispänner und Arbeiter.

S. 9. Speisen für Nebenlandtouren werden wie folgt vergütet:

	Für Einspanner und Arbeiter	Für Zweispänner
	Mk.	Mk.
Für Schlafgeld (wenn nicht gefahren wird)	0,80	1,-
Für Kaffee morgens	0,30	0,30
Für Frühstück	0,50	0,50
Für Mittagessen	1,10	1,25
Für Abendessen	0,40	0,50
Für Nachessen	0,80	1,-

S. 10. Urlaub bei voller Lohnzahlung erhalten Fuhrleute und Arbeiter, welche ein Jahr ununterbrochen im Betriebe angestellt, alle Jahre während der stillen Geschäftszzeit zwei Wochentage und solche, die längere ununterbrochene Dienstjahre haben, für jedes Dienstjahr ½ Tag mehr, höchstens aber im ganzen 6 Tage. Der Urlaub kann bei schlechter Führung und minderwertigen Leistungen gekürzt oder entzogen werden, da der selbe eine Anerkennung und Belohnung für nur tüchtige und ordentliche Fuhrleute und Arbeiter bedeuten soll.

S. 11. Eine einmalige Beihilfe zu Entbindungskosten gewährt die Firma und zwar an Ehefrauen solcher Fuhrleute oder Arbeiter, die ein Jahr im Betriebe ununterbrochen sind, in Höhe von 10 Mk.

S. 12. Für alle Schäden, welche die Fuhrleute vorzüglich oder fahrlässig der Firma zufügen, sei es an unverantwortlichem Material, Gütern oder an dem Eigentum Dritter, deren Gesundheit und Leben, ist der selbe haftbar und stellt dafür und für die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen eine Kautions.

S. 13. Die Kautions beträgt 20 Mk. Die Firma kann sich an ihr schadlos halten für alle Ansprüche, die ihr aus dieser Arbeitsordnung oder aus einem anderen Grunde gegen den Arbeiter geltend machen.

S. 14. Trinkgeldfordern, Rauchen und Wirtshausbesuch während der Arbeitszeit, Unhöflichkeit gegen die Vorgesetzten, Bahnbauern und Kunden, Unpünktlichkeit und Tierquälerei können die Firma zur Entlassung ohne Kündigung berechtigen, ebenso sonstige Unwidernahmehandlungen gegen diese Arbeitsordnung und Anordnung vorgesetzter.

S. 15. Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeitern Deutschiands. Die Angestellten sind verpflichtet, während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Firma diesem Verbande nicht anzugehören, auch keine Versammlungen und Zusammenkünfte derselben zu besuchen. Handelt ein Angestellter dieser Bestimmung zu wider, so ist die Firma berechtigt, den Unwidernahmehandlungen jeder Zeit sofort ohne Kündigung einzufassen und eine Konventionalstrafe von 20 Mk. einzufordern. Für die Entrichtung dieser Strafe haftet auch die gestellte Kautions.

S. 16. Beschwörungen sind zunächst beim Vorgesetzten anzubringen, und wenn keine Abhilfe geschieht, beim Prinzipal.

S. 17. Diese Arbeitsordnung ist nach Aufführung der Fuhrleute und Arbeiter aufgestellt worden und tritt am 1. Juli 1908 in Kraft. Nach ihr regelt sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer ohne ausdrückliche Vereinbarung.

S. 18. Jeder Fuhrmann oder Arbeiter erhält bei seinem Eintritt in das Gewerbe ein Exemplar ausgehändigts und hat die genaue Kenntnisnahme des Inhalts derselben durch Unterschrift zu bestätigen. Beim Austritt aus dem Gewerbe ist diese Arbeitsordnung zurückzugeben.

Colmar (Elsass), den 28. Juni 1908.  
A. Mühlendiek  
ppa. Nachfolger Frank & Späth, G. m. b. H.

Hans Frank.

Wahrlich, wahrlich, der preußische Eisenbahnmintister Breitenbach kann stolz sein auf diesen Betrieb, der tatsächlich seiner sozialpolitischen Aufsicht untersteht. Es zeigt sich, was unsere Kollegen von der Fürsorge des preußischen Eisenbahnmintisters zu erwarten haben, wenn sie sich auf dessen schöne Worte verlassen wollen. Das heißt den Teufel durch Belzus ausstellen. Da gibt es kein anderes Mittel als die gewerkschaftliche Organisation, um solche zum Himmel schreiende Zustände gründlich zu beseitigen. Also, Ihr Bielgeplagten und Geschundenen, erzrecht hinzu in den Transportarbeiterverband, dann wird der Ufa zum wertlosen Papiersegen.

**Danzig.** Recht eigenartige Zustände herrschen in der Kommission von Lehmann & Böhl. Bei einer Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 8 Uhr müssen die Kollegen Speicherarbeiter für einen Lohn von 12 Mk. per Woche für den Unternehmer schaffen. Ob die Kollegen mit einem beträchtlichen Hungerlohn auskommen, kümmert den Arbeitgeber wenig. Wie wär's, wenn die Arbeitgeber einmal mit 12 Mk. pro Woche auszukommen versuchten, wäre ihnen der Appetit nicht recht bald vergehen? Recht gut wissen die Unternehmer über die Begehrlichkeit der Arbeiter herzulehnen, sollten diese sich mal erdreisten, in der Zeit des Fleisch- und Brotpochers, in der Zeit, wo alle notwendigen Gebrauchsartikel fast unerschwinglich sind, eine geringfügige Lohnforderung zu stellen.

Auch haben die Kollegen unter einem elenden Akkordsystem zu leiden, indem sie sich elter 15-18 stündigen Arbeitszeit unterwerfen müssen, wollen sie einzigenmaßen soviel verdienen, um das zum Leben Allernötwendigste herbeizuschaffen. Auch dieser Hungerlohn ist den Unternehmern noch zu hoch. Wie verlautet, bedenkt obige Firma zum Herbst einen Tagelohn von 3 Mk. pro Tag einzuführen, unterwegsfall des Akkordsystems. Ist die Lage der Kollegen jetzt schon nicht rosig, so werden die Lohnverhältnisse dadurch geradezu uninhaltbar. Daß sich der Lohn dadurch im Jahre mit circa 100 Mark für die Kornträger verringert, liegt auf der Hand, hat doch obige Firma die Kollegen Kornträger mit über 1200 Mark eingeschlägt.

Wir fragen, wozu gebraucht die Firma obige Erfahrungen? Will sie vielleicht die im Bau befindlichen Gewerken davon befreien? Hiergegen Stellung zu nehmen, muß unsere erste Aufgabe sein.

Kollegen! Wollen wir, daß unsere Lohnverhältnisse sich nicht verschlechtern, sondern zum Herbst eine bedeutende Aufbesserung erfahren, so schließt euch zusammen zu einem einheitlichen Ganzen, tretet ein in eure Verbandsorganisation, den deutschen Transportarbeiter-Verband. Deshalb rufen wir euch zu: „Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid.“

**Dortmund.** Die Folgen von Ko- und Konsolidierung. Was das kostet und Logistiken beim Unternehmer für Folgen haben kann, sehen wir wieder einmal am besten aus nachfolgendem Fall, welcher sich bei der Firma Heinrich Bäckerling zugestanden hat. Die Firma hat, um es den Kutschern recht begleiten zu machen, gleich neben dem Pferdestall eine Schlafröhre eingetieft, in welcher 6 Kutscher in 8 Betten unterkunft finden. Diese beflogte Schlafröhre liegt in Parterre und hat einen gepflasterten Fußboden, geht nur eine Scheibe entwegen, so wird das Loch mit Säcken zugestopft. Daß dadurch Schnupfen und starke Verkühlungen ständige Kläuse bei unseren Kollegen sind, ist weiter nicht verwunderlich. Dafür den starken Arbeiterschwechsel, welcher bei dieser Firma stattfindet, hatte sich in den letzten Tagen eine ansteckende Krankheit eingestellt, welche einige Kollegen ein Aussehen gab, als wenn sie Morbus hätten. Auf Anfrage eines Kollegen beim Arzt wurde nichts festgestellt, was dieser Kollege der Firma mitteilte, doch die Frau Bäckerling wußte Rat, sie meinte, so schlimm sei die Sache nicht, die Kutscher sollten sich nur tüchtig mit grüner Seife ausspielen, dann würde sich die Sache bald wieder machen. Diefelbe Worte folgten die Kutscher nicht und so war es möglich, daß sich die Krankheit verschleppte. Endlich war das Maß doch voll, drei Kollegen gingen zum Arzt und alle drei klagten ins Krankenhaus, wofür sie eine regelrechte Kräfte-Kur durchmachten müssen. Vonsetzen unserer Krisenverwaltung ist der Gesundheitspolizei Mitteilung gemacht und hat auch eine Unterstützung stattgefunden, ob's helfen wird, bleibt abzuwarten. Die Frau Bäckerling mag auf die Verbandsbrüder weiter schimpfen, und wenn sie auch teilne beschäftigen will, bis jetzt hat sie damit kein Glück gehabt. Wir werden schon dafür sorgen, daß auch in Zukunft alle bei der Firma beschäftigten Kutscher organisiert sind, so gilt wie auch Herr Bäckerling als Unternehmer seiner Organisation angehört.

**Meerane.** In einigen hiesigen Geschäften existieren noch recht erstaunliche Zustände. In der Selterwasserfabrik von F. Wohle werden dem Kutscher für eine 110 bis 114 stündige wöchentliche Arbeitszeit ganze 14 Mark Lohn ausgezahlt. Man sollte meinen, daß Geschäft, in dem aus Wasser Geld gemacht wird, bessere Löhne bezahlen können. Wie wäre es denn, wenn der Herr Wachtelkönig, der Geschäftsführer der Firma, auch einmal für einen Stundlohn von 12,72 Pfennig arbeiten würde?

Eine fast ständige Annonce in der Meerather Zeitung lautet: Ein stürger, leichter Kutscher gesucht, zu erfragen in der Expedition des Blattes. — Wir unterzogen uns einmal der Milie, um zu erkunden, wer eigentlich ständig Kutscher gebraucht, da erfuhren wir, daß es die Firma Eisenhandlung Klichof ist. — Ja ja, Herr Klichof, so geht es, die Meerather Kutscher verdienten 21 Mark Mindestlohn. Wenn Sie diesen nicht bezahlen wollen, dann behalten Sie eben auch keine Leute. — Der Firma scheint übrigens das unschöne dieser Situation bekannt zu sein, sonst könnte sie sich nicht und letzte kleine Männer unter die Annonce. Es ist jedenfalls ein ganz neues, farbenfleckenes Prinzip, über Geld für Anzeigen auszugeben, als den üblichen Ufah zu bezahlen.

**Bad Nauheim.** Es war eine wahre Freude, als wir, vom Bahnhof kommend, jeden Kutscher auf die am Abend stattfindende Versammlung aufmerksam machten wollten, hinter wieder hörten: „Weit schaue ich kommt!“ — Sie wußten es, und sie lachten auch in die erste Versammlung, aber sie ließen sich auch in den Verband aufnehmen, und jeder von den 15 aufgenommenen Kollegen zahlte sofort seinen Eintritt. Es war Zeit, daß wir mit der Akzisabteilung einleihen, denn auch in unserem herrlichen Badeort gilt der Grundsatz der herrschenden Klasse und ihrer Organe, der Polizei: „Wir kommandieren, reglementieren, verordnen, befehlen, entscheiden, den Fahrkennschein usw., und ihr habt euch nicht zu melden, sondern müßt alles über euch ergehen lassen und womöglich noch dankbar dafür sein.“ Nie rodus, hic salta, sagten sich unsere Verkehrskollegen, bis hierher und nicht weiter, wir wollen und müssen uns führen. Wir wollen sehen, ob die hohen Strafen durch ehemaliges Börgernicht nicht reduziert werden können. Wir wollen sehen, ob der Fahrgäst nur allein das Recht hat, und wir wollen sehen, ob die allmächtige Polizei alles ohne uns regelt, d. h. uns bestraft, wo eine Bestrafung unnötig ist. Wir werden uns wehren und gerichtliche Entscheidungen beantragen und sehen, wie sich die „unparteiischen“ Gerichte dazu stellen. Die zwei Kollegen von Fm. erläuterten den anwesenden Kollegen die Ziele und Bestrebungen unseres Verbandes und zerstießen die in vielen Punkten unerholtbare Polizei-Bahnhofsordnung von Bad Nauheim. Die Kollegen versprachen, in der nächsten Versammlung noch zahlreicher zu erscheinen und die noch fehlenden der Organisation anzuführen. Denn wenn

fast alle organisiert sind, ist es leichter, Verbesserungen durchzuführen, das wissen unsere Käffner nicht, legen auch, und sie werden danach handeln.

**Oppeln.** Wer vom Bahnhof kommend die Straßen der Hauptstadt des Regierungsbezirks durchquert, der muß sagen, wenn er die Auslagen der Schaufenster betrachtet, daß hier alles da ist, was der Mensch zu seines Lebens Nahrung und Notdurft braucht; aber auch was das Auge und Herz erfreut, ist vorhanden. Sieht man vom Markt über den Mühlgraben, so kommt man nach dem Schloßplatz, dieser Platz hat sehr schöne Anlagen! Schöne mit Ries geblühte Wege schlängeln sich an blühenden Blumenbeeten und Biertränen vorbei, überall an schattigen Plätzen laden Bänke zum Ausruhen ein. Amself und Antengesang erfüllt die Lüfte und stimmt die Herzen froh und fröhlich.

Und nicht weit davon, am grünen Oderstrand, unter schattigen Bäumen, läßt es sich gar schön wandern und die Sorgen des Alltagsleben auf kurze Zeit vergessen.

Unsere Kollegen im Transportgewerbe geben gedanktlos an diesen Dingen vorbei, sehen nichts, hören nichts, sind nur erfüllt von den Alltagsdingen und lassen Herz und Seele vertrocknen.

Allerdings ist es ja ein trauriges Leben, das sie führen! Ununterbrochen zu schanzen von früh bis spät, kaum genug Zeit zu haben, um etwas zu essen, und für diese endlose Kette von Arbeit, Tag für Tag, Woche für Woche, einen erbärmlichen Lohn, der gerade hinreicht, um die allergrößten Bedürfnisse zu befriedigen.

Es ist ein niederdrückendes Gefühl, immer von Sorgen umgeben zu sein, und so stümpten die Kollegen ab und glauben, es muß so sein. Sie wehren sich nicht, sie machen von der Kraft, die sie besitzen, durch die sie bessere Verhältnisse schaffen könnten, keinen Gebrauch. Aber wenn sie den Kummer und die Sorgen auf Augenblicke vergessen wollen, gehen sie hin und beläuben Geist und Körper durch eines der gefährlichsten Gifte, den „Teufel Schnaps“.

Dieser „Teufel Schnaps“ ist der beste Freund der Arbeitgeber, töter er doch das gesamte Denkvermögen. Der Arbeiter, der diesem Teufel verfallen ist, liest keine Zeitung, besucht sehr ungern eine Versammlung — kümmert sich nicht darum, was in der Welt passiert. — Ihm ist alles egal. Er ist ein Arbeitsstier. Er ist der Arbeiter, der mit wenigem Lohn zufrieden ist, der so lange wie möglich arbeitet, und der sich von seinem Arbeitgeber die gemeinsten Schnipsworte gefallen lässt, ohne zu mucken.

Unter den Oppelner Kollegen gibt es aber eine große Anzahl, deren Geist und Auge nicht getrübt ist, die das Herz auf dem richtigen Fleck haben, die sich bisher nicht ausgerafft haben, und für die es doch so leicht ist, ein besseres Los zu schaffen, wenn sie nur wollen.

Die beiden letzten Versammlungen haben leider ein betrübendes Bild gezeigt. — Schwacher Besuch. — In der vorletzten war ein Teil der Kollegen nicht nüchtern erschienen, die Versammlung wurde gestört und mußte vorzeitig geschlossen werden. An den Kollegen wird es liegen, daß solche traurigen Vorfälle nicht wieder passieren.

Am Dienstag, den 25. August, ist wieder Versammlung und werden die Kollegen gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

## Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

**Bremen.** Am Donnerstag, den 9. Juli 08, fand unsere Generalversammlung vom II. Quartal statt.

Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsthende, Kollege Verdronk. Aus demselben ist zu entnehmen, daß auch im vorigen Quartal rege für die Organisation gearbeitet worden ist. Aber leider ist die wirtschaftlich schlechte Zeit auch hier am Orte mächtig zu verschärfen. Es verstehen sich daher auch die ungewohnten Ausritte und das viele Abreisen der Mitglieder. Aber trotz alledem ist noch eine Zunahme auch im II. Quartal zu verzeichnen. Besonders haben die weiblichen Mitglieder einen erheblichen Teil hierzu beigetragen. Mögen sich die Kolleginnen auch in Zukunft so, wie in letzter Zeit, der Organisation anschließen, und es wird der Organisation gelingen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für sie zu schaffen. An Versammlungen sind im leichten Quartal zu verzeichnen: 3 Mitgliederversammlungen, 16 Sektionsversammlungen, außerdem 2 öffentliche Versammlungen. An Sitzungen und Besprechungen fanden 25 statt, Ortsverwaltungs-Sitzungen 9 und Sitzungen mit anderen Verbänden 2.

An Lohnbewegungen waren 2 zu verzeichnen. Bei der Firma Zieb ist es leider nicht gelungen, die Forderungen der Kollegen durchzudrücken, da der Unternehmer erklärte, er würde mit seinem Verbande kollidieren und so wurde für diesmal von allen Weiterungen abgesehen. Beim Vereinslager erreichten die Kollegen nebst sonstigen Vergünstigungen durch Schiedsgerichtspruch eine wöchentliche Lohnzulage von 1 Pf. Der Mitgliederbestand im II. Quartal ist folgender: Bestand vom vorigen Quartal 1750 männliche, 105 weibliche, 12 jugendliche Mitglieder. Bestand am Schlusse des II. Quartals 1710 männliche, 182 weibliche, 15 jugendliche Mitglieder. Die Bibliothek ist im leichten Quartal etwas besser in Anspruch genommen worden und man kann hierbei wohl sagen, daß es ein erfreulichen Zeichen ist, wenn die Kollegen bestrebt sind, sich immer mehr Wissen anzueignen. Auch die Benutzung des Arbeitsnachweises ist eine bessere geworden. Man kann auch hier wohl sagen, daß die Käffnerin aufgängt, zu begreifen, was für eine gute Waffe der Arbeitsnachweis für uns ist.

Den Kassenbericht erstattete der Käffner, Kollege Schmid. Kassenbestand vom vorigen Quartal 3838,62 M., Einnahmen im II. Quartal 10792,70 M., zusammen 14881,42 M. Die Ausgaben sind 10816,09 M. An die Hauptkasse gesandt: 7259,80 M., Kassenbestand 4599,78 M., Summa 14881,42 M.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Käffner ein stimmiges Decharge erteilt.

**Gäbweid.** Am 26. Juli fand unsere General-Versammlung statt. Nachdem das Andenken des verstorbenen

Kollegen Ernst Lehmann in der üblichen Weise gedacht, erstattete Kollege Lampson in seiner Eigenschaft als Käffner den Kassenbericht pro 1. und 2. Quartal 1908. Diesem ist zu entnehmen, daß sich der Kassenbestand am Ende von 115,40 M. vom 1. Januar auf 253,92 M. erhöht hat. Im Berlauf der Beitragsmarken hat das 2. Quartal gegenüber dem 1. einen Rückgang zu verzeichnen. Während 4078 Wochenbeiträge im ersten Vierteljahr eingingen, brachte das 2. Quartal nur 3675. Die wirtschaftliche Krise hat auch in unserem Ort hennend eingegriffen. Seit Bestehe unserer Ortsverwaltung haben wir noch in keinem Quartal so viel Unterstützung gezahlt, als im 2. Quartal. Die Ausgaben an Unterstützungen für Kontos der Hauptkasse betragen im 2. Quartal 1221,55 M. Hierzu kommen noch rund 90 M. aus Contimitteln. Der im 1. Quartal organisierte Kostenball brachte einen Überüberschuss von 123,50 M. Kollege Lauchmann bestätigte namens der Revisoren diesen Bericht. Kollege Nittel erstattete nunmehr den Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung pro 1. Halbjahr 1908. Der Gang an Briefen und Karten betrug in dieser Berichtsperiode 37, Drucksachen 19, Pakete 33. Demgegenüber war ein Ausgang von 85 Briefen und Karten, 108 Drucksachen, 81 Paketen. Schriftstücke für Mitglieder wurden in 6 Fällen angefertigt. An Versammlungen fanden statt 27, Besprechungen und Sitzungen 57. Die Frequenz des Arbeitsnachweises war infolge der Krise auch kein guter. Arbeitslos meldeten sich 36 Mitglieder. Gemeldet wurden Stellen für fest 9, zur Ausfüllung keine. Von den 9 für fest gemeldeten Stellen konnten 6 besetzt werden und zwar 4 deutsche und 2 polnische Arbeiter. Der Durchschnittslohn bei den Deutschen beträgt 24,48 M., bei den polnischen Arbeitern 30 M. pro Woche. Die Durchschnittsarbeitszeit beträgt 11 Stunden.

Maßregelungen von Verbandsmitgliedern fanden in 2 Fällen mit 6 Beteiligten statt. Bei Streiks anderer Gewerkschaften wurden 6 Kollegen in 2 Fällen in Mitleidenschaft gezogen. An Lohnbewegungen im Berufe selbst ist die der Kollegen in der Mineralwasser- und Destillationsbranche zu erwähnen. Eine allgemeine ist diese Bewegung jedoch nicht, vielmehr fanden nur 4 Betriebe in Frage. Die Bewegung ist noch nicht zu Ende, da mit einer Firma noch Verhandlungen schwanken. Alles in allem kann diese Bewegung in diesen Betrieben bereits mit vollem Erfolg registriert werden. Die abgeschlossenen Tarife werden in Kürze veröffentlicht. An den Bericht knüpft sich eine längere Debatte. Ein Antrag der erweiterten Ortsverwaltung, die engere Ortsverwaltung um ein Mitglied zu verstärken und diesem die Funktion als 2. Käffner zu übertragen, wurde gegen 1 Stimme angenommen. Gewählt wurde dann als 2. Käffner Kollege August Lehmann. Zwei weitere Anträge des Kollegen Jädeball, betreffend Agitation und Veröffentlichung von Berichten der Bezirksversammlungen wurden gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Unter Berichtenden machte der Bevollmächtigte auf die Krankenkassenwahlen aufmerksam. Diese haben mittlerweise stattgefunden und haben der Firma vom Gewerkschaftskartell den Sieg gebracht. Von 55 Arbeitnehmervertretern sind 31 Kollegen aus unserer Organisation gewählt.

**Delitzsch.** Die Versammlung am 11. Juli war gut besucht. Kollege Förster gab den Kassenbericht über das 2. Quartal. Derselbe wurde ohne Debatte genehmigt. Zur Hauptversammlung in Magdeburg wurde Kollege Förster als Delegierter gewählt; ferner stellt die Verwaltung den Antrag, für die Städte Delitzsch, Bitterfeld und Eilenburg einen Beamten anzustellen zwecks Förderung der Organisation, da für uns hier im Kreise circa 800 Berufskollegen in Frage kommen. Kollege Nittel schilderte den schlechten Umsatz an Straß- und Extramarke und stellte den Antrag, den Wochenbeitrag um 5 Pf. zu erhöhen und die Extrasteuer in Weißfall zu bringen. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Kollege Beckmann legte sein Amt als Schriftführer nieder; dafür wurde Kollege Hänsch gewählt. Die Abhaltung eines Vergründungs soll nochmals in der nächsten Versammlung zur Tagesordnung gestellt werden. Kollege Allett schickte die schlechte Beteiligung an der Landtagswahl und legte allen ans Herz, sich in Zukunft besser zu beteiligen.

**Diedenhofen.** Mitgliederversammlung am 19. Juli. Der Gauleiter hielt einen Vortrag über: „Ziele und Nutzen der Organisation“. Die Abrechnung ergab, daß der Markenumsetz sich im Vergleich zum vorigen Quartal verdoppelt hat. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Firma Stone u. Co. ihre Fahrleute mit 12 Pf. Stundentlohn abspeist. Dort muß auch von morgens ½ 5 Uhr bis abends 9 Uhr gearbeitet werden. Die Firma Ling ist wegen der unpraktischen Auszahlung der Löhne bereits berühmt geworden. Die Kollegen waren sich einig, daß all diese Mißstände nur durch den Ausbau der Organisation beseitigt werden können.

**Dortmund.** Sonntag, den 12. Juli tagte unsere gut besuchte Versammlung. Ein Kollege gab den Geschäftsbericht vom 2. Quartal. Er betonte, daß auch bei uns die Krise nicht spurlos vorübergegangen sei, das beweisen uns die vielen arbeitslosen Kollegien am Orte, sowie die große Zahl der zugereisten Kollegien. Immerhin sind 293 Beitragsmarken gegen das 1. Quartal mehr verlaufen. Die Mitgliederzahl stieg von 167 auf 196 und kommt auf das Mitglied zehn Wochenbeiträge. Versammlungen fanden 12, Sitzungen und Besprechungen 60 statt. Nedner fordert sämtliche Kollegen auf, ihre ganze Kraft mit einzusehen, damit unsere Reihen gestärkt werden.

Der Kassenbericht gibt folgendes Bild:

	Einnahmen:
Kassenbestand vom vorigen Quartal	12,74 M.
1. Aufnahmen à 1 M.	41,00
1. Aufnahme à 50 Pf.	0,50 "
1908 Beiträge à 40 Pf.	762,40
54 Beiträge à 20 Pf.	10,80
42 Beiträge (Ortsfonds) à 25 Pf.	10,50
132 Beiträge zum Streitfonds	39,60
Zuschuß aus der Hauptkasse	60,00
	Summa: 937,54 M.

	Ausgaben:
Reiseunterstützung	26,90 M.
Personliche Entschädigung für Einlassieren	83,60 "
Sachliche Materialien, Wiete usw.	76,47 "
Versammlungen und Drucksachen	68,10 "
Zeitschriften	8,20 "
Porto, Telefon usw.	35,18 "
An die Hauptkasse	637,10 "
Kassenbestand	1,99 "
	Summa: 937,54 M.

Für Arbeitslosenunterstützung wurden 46 M. für Krankenunterstützung 20 M. gezahlt.

Den Bericht vom Gewerkschaftskartell gab Kollege Haunmann. Aus dem Bericht ging hervor, daß man im Kartell mehr und mehr zu der Überzeugung kommt, daß die Biersfahrer in den Deutschen Transportarbeiterverband gehören. Nedner fordert alle Anwesenden auf, in diesem Sinne mit tätig zu sein; denn hier in Dortmund gibt es noch eine große Anzahl Biersfahrer, welche überhaupt nicht organisiert sind. Nachdem noch Kollege Dielerhoff auf unserer Sommertagung hingewiesen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

**Essen-Nuhr.** Mitgliederversammlung am 12. Juli. Unter Geschäftliches berichtete der Vorsthende, die Firma Besselmann, Glasreinigungsanstalt, habe in letzter Zeit wieder versucht, einen Schlag gegen die Organisation zu führen, indem sie den Berthaumann und vier andere Kollegen kündigte; da aber wegen den wirtschaftlichen Verhältnissen ein Streik nicht geführt werden konnte, so ist die Sperré über diese Firma verhängt worden und es wird vor Zugang von Fensterputzern gewarnt. Ferner werden die Kollegen ersucht, den Geschäftsinhaber das Verhalten der Firma den Arbeitern gegenüber klar zu legen. Da in diesem Herbst die Vertreterwahl zur Ortskantonskasse wieder stattfindet und die Gruppe O, die Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe den Ausschlag geben, so muß jetzt schon mit der Agitation eingeleitet werden, denn die Christlichen versenden ja an die Unternehmer Listen, wo diese die Vertreter, die ihnen am besten passen, aufschreiben; und diese Unternehmerslebende werden dann als christliche organisierte und wohlerprobte Kämpfer zur Vertretung der Kollegen in der Kantonskasse gewählt. Damit aber mit dem jüngsten System gebrochen wird, heißt es für jeden Kollegen: Auf zum Kampf und dann zum Sieg. Dann wurde ein Vortrag über die Entwicklung des Handels gehalten. Der Nedner verstand es, die Anwesenden zu fesseln, was auch der Weißfalt am Schlusse bewies.

**Gießen.** Am Sonntag, den 19. Juli, fand unsere II. Generalversammlung statt, in welcher Käffner Becker den Geschäftsbericht gab. Aus demselben war eine Einziehung zu erheben von 631,30 M., gegen die im I. Quartal von 496,93 M. also ein Mehr von 134,37 M.

Kollege Loose wies die Kollegen darauf hin, daß sie immer mehr und mehr für den Verband wirken, ferner auch in dem Gewerkschaftshaus mehr verkehren sollen. Was den Mitgliederbestand betrifft, hat sich die Zahl der Mitglieder in letzter Zeit von 133 auf 160 vermehrt, was sehr erfreulich ist. Daraus ergibt sich, daß auch die bisherigen Kollegen endlich einmal zur Einsicht kommen. In der Diskussion wurde vom Bevollmächtigten, Kollege Loose, beantragt, die Orts- und Streitfonden fallen zu lassen und dafür einen örtlichen Zuschuß von 5 Pf. zum wöchentlichen Beitrag zu erheben, welches auch einstimmig angenommen wurde.

**Hannover.** Am 14. Juli fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Emil Helms und des verstorbenen Genossen Gastwirt Fritz Halbe in üblicher Weise geehrt. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt war, erstattete der Kollege Wegener den Kassenbericht für das 2. Quartal. Dieser zeigte folgendes Resultat:

	Guthaben:
Bestand vom vorigen Quartal	64,57 M.
Aufnahmen à 1 M. 98 Stück	98,-
" à 0,50 " 16 " weibliche	8,-
" à 0,50 " 2 " jugendliche	1,-
Wochenbeiträge à 40 Pf. 30 Stück	12,-
" à 50 " 6085 "	3042,50
" à 25 " 1146 "	286,50
" à 25 " 165 " jugendl.	41,25
Beiträge zum örtl. Fonds à 25 Pf. 117 Stück	29,25
Streitfonds à 30 " 545 "	163,50
Zuschuß aus der Hauptkasse	150,-
Zestübeschluß	189,35
Zon. R. R. erhalten	10,-
Ganzzuschuß zur Bureau-Miete	80,-
	Zusammen 4120,92 M.

	Ausgaben:
Örtliche Kranken-Unterstützung 18 Fälle	47,25 M.
Örtliche Arbeitslosen-Unterstützung 18 Fälle	55,15
Örtliche Reise-Unterstützung 64 Fälle	78,40
Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche (Gehalt, Käffner	

All die Hauptklasse gesandt:	1.407,20 M.
für Arbeitslosenunterstützung . . . . .	306,85 "
" Krankenunterstützung . . . . .	159,60 "
" Gemahregeltenunterstützung . . . . .	77, " "
" Extraunterstützung . . . . .	45, " "
" Beerdigungsbeiträge . . . . .	60, " "
Zuschuß von der Hauptklasse . . . . .	150, " "
Zusammen	2265,15 M.

Am Schlusse des Quartals waren 586 männliche, 118 weibliche und 15 jugendliche, insgesamt 714 Mitglieder vorhanden.

Nachdem die Debatte über den Bericht erledigt wurde, dem Kassierer, auf Antrag der Revisoren, einstimmig Entlastung erteilt.

Sodann nahm der Bevollmächtigte das Wort zum Geschäftsbereich. Demselben ist folgendes zu entnehmen: Der Arbeitsnachweis, dies alte Schmerzenskind, will immer noch nicht recht vormärts. Wahr sind eine Anzahl Stellen gemeldet, teils war jedoch der angebotene Lohn so gering, daß die Kollegen lieber auf die Arbeit verzichten, andererseits kam es wiederholt vor, daß es unmöglich war, die Stellungen zu besetzen, weil sich die Kollegen nicht im Bureau sehen lassen. Die Kollegen meinen, wenn sie sich ein- oder zweimal im Bureau sehen lassen, haben und es war nicht möglich, ihnen sofort Arbeit zu vermitteln, daß es keinen Zweck habe. Sie gehen dann aber zur bürgerlichen Inseratenplattform, zu den Nachwolken der Arbeitgeber usw., sehr häufig ebenfalls wochenlang, ehe sie Arbeit bekommen; aber nochmals zum Nachweis des eigenen Verbandes zu gehen, halten sie nicht für nötig. Es müßte erwarten werden, daß hierin eine Aenderung zum Besseren eintrete.

Doch die zu erledigenden Bureauarbeiten ziemlich bedeutende waren, beweisen die Ein- und Ausgänge. Die Eingänge im Quartal bestanden in 71 Briefen und Karten, 44 Drucksachen, 82 Paletten und 1 Postkarte, Demgegenüber waren am Ausgangen 590 Briefe und Karten und 1246 Drucksachen zu verzeichnen. 18 Schriftstücke wurden angefertigt. Versammlungen wurden 11 abgehalten, davon 3 öffentliche und 3 Mitgliederversammlungen.

Außerdem fanden 77 Sitzungen und Besprechungen statt. Lohnbewegungen waren 2 indirekte zu verzeichnen, woron die eine mit Erfolg, die andere hingegen noch nicht erledigt ist. Gemahregelt wurden 2 Kollegen.

Im Großen und Ganzen könnte man mit der Entwicklung im letzten Quartal einverstanden sein, besonders unter Berücksichtigung der schlechten Konjunktur.

Die Versammlung erklärte sich mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden.

Um eine bessere Beteiligung der Kollegen bei Beerdigungen von Mitgliedern zu erzielen, wünschten mehrere Kollegen, man solle ein diesbezügliches Reglement ausarbeiten.

Nach reger Debatte wurde ein Antrag, die Ortsverwaltung zu beauftragen, zu jeder Beerdigung 100 Kollegen zur Grabpflege aufzufordern, angenommen. Sodann folgte Schluß der schlecht besuchten Versammlung.

Jena. Am 18. Juli fand unsere halbjährliche Generalversammlung statt. Zunächst wurde der Kartellbericht gegeben, Koll. Jahn wünschte, daß die Kartelldelegierten einen ausführlichen Bericht über die öffentliche Gewerkschaftsversammlung zu geben hätten; dieses wurde jedoch von den Delegierten, sowie von Gauleiter Köhner verneint, es wäre vielmehr die Pflicht unserer Kollegen gewesen, diese Versammlung zu besuchen. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß Gen. Leber ersucht werden soll, in unserer nächstfolgenden Mitgliederversammlung einen Vortrag über den Hamburger Gewerkschaftstagtreff zu halten. Die Abrechnung erstattete Kollege Reinhardt. Die Einnahme ergab 650,89 M. inkl. Kassenbestand. Aufgenommen wurden im Quartal 12 Kollegen, Beitragsmarken wurden 1840 Stück und 69 Frauenmarken verkauft. Zum örtlichen Fonds wurden 2,25 M. für Martin 1409 à 5 Pf. erhoben. Die Ausgabe betrug 626,71 M. An die Hauptkasse wurden 403,85 M. gelandt. Für verloren gegangene Marken mußten 70 Pf. für Porto 3,55 M. an das Kartell und Sekretariat 60,15 M. für Bibliothek 3 M. Bezahlungen, Abonnements, Referate 26,61 M. an sächsischen Materialien, Miete, Telefon 33,80 M. für persönliches Gehalt, Entschädigung, Prozente 69,80 M. Reiseunterstützung 4,25 M. Extraunterstützung 10 M. Beerdigung 5 M. bewilligt, sodaß ein Kassenbestand von 24,68 M. verbleibt. Die Mitgliederbewegung war folgender Bestand 160 männliche, 6 weibliche Mitglieder, aufgenommen wurden 12, außerdem ist 1, ausgegliedert 88 männliche Mitglieder, sodaß am Ende des II. Quartals 185 männliche und 6 weibliche Mitglieder vorhanden waren. Die Diskussion ergab, daß die Mitglieder nicht gearbeitet haben, wie es einer Kampforganisation zukommt. Auch spielte die Lauheit der Ortsverwaltung mit, daß Kassenverhältnisse und Mitgliederbewegung so traurige sind. Es wurde von Seiten des Gauleiters und einigen Mitgliedern der Wunsch ausgedrückt, daß in Zukunft besser gewirtschaftet und auch anders gearbeitet werden muß. Sodann wurde des verstorbenen Kollegen Buschendorf gedacht. Kollege Eckardt erklärte, daß er sein Amt als Bevollmächtigter niedergelegen müsse, es sprechen verschiedene Gründe dafür, daß ein Wechsel eintrete. Vorschlagungen wurden die Kollegen Köhner, Uhlig, Bezdöp, Runde, Bezel, Jahn, Mehlhorn und Linders. Die Kollegen Köhner und Uhlig stellten sich zur Wahl, die andern verzichteten. Es erhielten Köhner 16, Uhlig 20 Stimmen, 8 Stimmen waren ungültig. Gauleiter Köhner ergriff nunmehr das Wort, um dem Kollegen Uhlig das Gewissen etwas zu schaffen, daß er nicht so sehr persönlich, sondern im Interesse der Organisation arbeiten möchte, damit nicht wieder solche Zustände, wie früher, eintreten. Die Wahl seines Kassierers erfolgte ebenfalls durch Stimmzettel, gewählt wurde Kollege Jahn, auch hier ernannte der Gauleiter, daß die Kollegen die Meinung im Interesse des Verbandes erfüllen müssten, und möglichst recht lange, am liebsten jahrelang, nur dadurch würde das Misstrauen ausgeschlossen sein. Unter dem Punkt "Verschiedenes" wurden noch interne Angelegenheiten erledigt. Kollege Schröder und

der Gauleiter ersuchten die Kollegen, auch häufig in den Versammlungen zahlreich zu erscheinen, dann wurde die Versammlung geschlossen.

Magdeburg. Am 29. Juli hielt unsere Verwaltung ihre Generalversammlung ab, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Vor Eintritt in die Tagessitzung erläuterte die Versammlung das Studium von verstorbenen Kollegen und von verstorbenen Ehefrauen unserer Kollegen in der üblichen Weise. Den Geschäftsbericht vom 2. Quartal 1908 erstattet der Bevollmächtigte. Er teilt mit, daß es in diesem Quartal trotz der wirtschaftlichen Krise, welche auch schwer auf unserm Beruf laste, vorwärtsgegangen sei. So sei der Markenumsatz um zirka 500 gegenüber dem I. Quartal wieder gestiegen. Auch die Mitgliederzahl stieg von 2286 auf 2322. Wäre die Aktivität so wie die Kreise verschiedener arbeitsloser Kollegen nicht so groß, wäre ein noch günstigeres Resultat zu verzeichnen. Hat sich die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal auch etwas gemildert, so waren doch noch 269 arbeitslose Kollegen zu verzeichnen. Auch die geschäftliche Tätigkeit war wieder eine sehr rege. 4 öffentliche, 31 Bezirks- und Generalversammlungen sowie 77 Versprechungen wurden abgehalten. Trotz des wirtschaftlichen Niedergangs gelang es durch solidarische Zusammenhalten eine Anzahl Lohnbewegungen zugunsten der beteiligten Mitglieder durchzuführen. In den Eishandlungen von Brandt und Böhme, in den Weinhandlungen, in den Kohlenhandlungen, in den Eisenhandlungen, in den Papierhandlungen und in einer ganzen Anzahl von Brauereien wurden Lohnhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit, bessere Bezahlung von Überstunden sowie Gewährung von Sommerurlaub und noch sonstige Vorteile für die Kollegen durchgeführt. Bei diesen Lohnbewegungen in rein kaufmännischen Betrieben zeigte sich zum erstenmal die erzieherische Tätigkeit der Organisation; sie bewährte sich hier glänzend, so daß mancher Handelsherr für die Zukunft auch mit dem Verband bei Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen wird rechnen müssen. Bedauerlicherweise mußten wir aber auch bei den gesetzlichen Lohnbewegungen die Tatsache konstatieren, daß Mitglieder des reichstreuen Arbeitervereins wohl die errungenen Vorteile der Organisation einstrichen, trotzdem die Verbandskollegen infolge ihrer Verbands-tätigkeit beim Arbeitgeber denunzierten, um sich als lieb Kind hinzustellen, sich aber infolge ihrer Erziehung an nichts beteiligen durften. Ganz rechtsverbindlich blieb und aufklärend weitergearbeitet, dann werden auch diese Arbeiter einsehen müssen, wo sie eigentlich hingehören und wo ihre Interessen vertreten werden. Den Kassenbericht erstattet der Kollege Weidner. Auch dieser hat sich wesentlich verbessert. Die Gesamteinnahme einschließlich des Kassenbestandes vom I. Quartal betrug 16.378,45 M., die Ausgabe der Lokalfeste betrug 1970,06 M., die Hauptklasse erhielt 8594,90 M., so daß am Schlusse des 2. Quartals ein Kassenbestand von 2813,20 M. verbleibt. Die Unterstützungen wurden im 2. Quartal gezahlt: Arbeitslosenunterstützung 2287,90 M., Krankenunterstützung 1596,60 M., Sterbeunterstützung 1655 M., Gemahregeltenunterstützung 354 M., Streikunterstützung 165,70 M., Extraunterstützung 45 M. und Meldepflichtunterstützung 78,45 M. Auch dieser Bericht zeigt uns, wie der Verband noch allen Richtungen hin seine Schuldigkeit getan hat. Nach kurzer Debatte, in der man keine Befriedigung zum Ausdruck brachte, und nachdem die Revisoren Bericht erstattet, wurde der Ortsverwaltung sowie dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. In Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Poßmüller wurde der Bezirksleiter G. Bösel gewählt. Zu der am 26. Juli im "Sachsenhof" stattfindenden Gaulkonferenz wurden die Kollegen Lüdecke, Jellecke und Drenstedt, von Seiten des Gaulvorstandes die Kollegen Schwierske, Weidner und Thomas als Delegierte gewählt. Gewünscht wurde, daß sich auch noch recht viel andere Kollegen an der Gaulkonferenz zur Information beteiligen möchten. Ferner wurde noch die Antwort des Magistrats befragt, ob eine eingehende Resolution zur weiteren Einschränkung der Sonntagsarbeit befürwortet werden. Sie ist ein Beweis, daß noch vieles getan werden muss, um die Ansicht des hiesigen Magistrats zu ändern. Mit dem Wunsche, daß es uns auch im dritten Quartal gelingen möchte, noch mehr Vorteile für unsere Kollegen herauszuholen, und daß jeder einzelne seine ganze Kraft zur Aufklärung uns noch fernstehender Kollegen einsetzt, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Mainz. Unsere Verwaltungssstelle hält am 27. Juli ihre halbjährliche Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer erstattete den Geschäftsbericht. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Lohnbewegungen fanden 4 statt und wurde bei sämtlichen Bewegungen eine Lohnhöhung erzielt. So legten am 31. März die Fuhrleute der Firma Stegmann Stern, Strahlenmüller bei Wielo, die Arbeit wieder ohne daß sie organisiert waren. Am 12. April wandten sie sich an die Ortsverwaltung Mainz und ersuchten dieselbe, sich ihrer anzunehmen. Nachdem sämtliche Fuhrleute ihren Beitrag zur Organisation erläutert hatten, nahm sich die Ortsverwaltung ihrer an und führte den schon begonnenen Streit. Der Geschäftsführer begab sich sofort zu Herrn Stern, um Verhandlungen anzubauen, aber es konnte zu keinem Resultat kommen. Erst nach mehrmaligen Unterhandlungen gelang es uns, Herrn Stern zu veranlassen, sämtliche ausständige Fuhrleute wieder einzustellen und jeder Mann erhielt pro Woche 1 M. Zulage. Am 8. Mai vorjähriges Jahres wurde ein Tarifvertrag zwischen dem Verbande der Vereinigten Spediteure und dem Fuhrhalter-Verbande einerseits und dem Transportarbeiter-Verbande andererseits zum Abschluß gebracht, welcher am 1. Mai dieses Jahres eine Lohnhöhung von 1 M. pro Woche und Mann vorsah. Am 6. Mai erhielt ein jeder Unternehmer ein Zirku-

lar zugesandt, worin er auf die vereinbarte Lohnhöhung aufmerksam gemacht wurde. Einige Spediteure und Fuhrhalter legten sofort die vorgesehene Mark Lohnhöhung zu, bei verschiedenen anderen Firmen gelang es durch den Geschäftsführer, sogar noch über den Tarif hinaus höhere Löhne zu erreichen. Nur bei solchen Unternehmern werden die tariflichen Löhne nicht bezahlt, wo keine Einigkeit herrscht und die Kollegen zu seige sind, ihren Lohn zu beanspruchen.

Bei der Firma Leonhard Tieß waren sämtliche Hausbüros organisiert; es wurde nun der Firma am 25. Mai von Seiten unserer Ortsverwaltung ein Tarif eingereicht. Am 2. Juni wurde der Gauleiter sowie der Geschäftsführer bei der Firma vorstellig, sie mußten aber unverrichteter Sachen wieder zurückkehren. Am 3. Juni wurden 2 Kollegen genauso regelt; über diese Handlungsweise waren die übrigen Kollegen sehr erregt und legten am 4. Juni die Arbeit nieder. Der Chef des Warenhauses, der zwei Tage zuvor die Revisoren der Organisation noch nicht anerkannte wollte, mußte sich doch schon am ersten Streiktag bequemen, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Eine Lohnhöhung von zwei Mark pro Mann und Woche wurde uns zugesprochen, aber einen Teil der Hausdiener wollte der Chef des Hauses nicht mehr einstellen, folgedessen konnten wir mit dem Angebot nicht zufrieden sein. Am zweiten Streiktag waren 10 Streikbrecher eingedrungen, und mußten wir den Streik für beendet erklären und mit 2 M. Lohnhöhung zufrieden sein. Die vierte Lohnbewegung war bei dem Bauunternehmer Meixler, Wimbach; ohne Arbeitsniederlegung erhielten die dortigen Fuhrleute durch eine Unterhandlung des Geschäftsführers Greb mit Herrn Meixler eine Lohnhöhung von 2 M. pro Woche und Mann, sowie Bezahlung der Feiertage.

Differenzen hatten wir im ersten Halbjahr 17 zu verzeichnen. In 3 Fällen, wo die sofortige Entlassung stattgefunden hatte, konnte durch das Einreiten der Ortsverwaltung diese wieder rückgängig gemacht werden. In den übrigen 14 Fällen handelte es sich um Kündigung und schlechte Behandlung. In den meisten Fällen wurde die Kündigung zurückgezogen und die Behandlung wurde eine bessere.

Versammlungen wurden abgehalten: 8 öffentliche, 20 Mitgliederversammlungen, 26 Sitzungen, 28 Betriebsversammlungen. Handzettel wurden im Bureau aufgestellt 5200, Eingaben an Behörden wurden drei gemacht.

Die Mitgliederzahl stieg von 848 am Ende des Jahres 1907 auf 421 am Schlusse des 2. Quartals 1908, somit eine Zunahme von 73 Mitgliedern. Der Markenumsatz stieg von 3539 im 4. Quartal 1907 auf 4180 im 2. Quartal 1908, somit eine Zunahme von 641 Wochenbeiträgen.

Arbeitsnachweis: Gemeldet wurden 21 Stellen, besetzt 11 Stellen für dauernd und 6 zur Ruhelage; 4 Stellen konnten nicht besetzt werden. Kollegen, der Arbeitsnachweis muß noch viel besser ausgebaut werden, jede freiwerdende Stelle muß sofort dem Arbeitsnachweis gemeldet werden, damit sie sofort durch organisierte Kollegen besetzt werden kann.

Allsdann verlas der Kassierer die Abrechnung vom Ausflug, sowie die Quartalsabrechnung. Am Antrag der Revisoren wird dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Die Diskussion war eine sehr rege. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung auf unser Stiftungsfest, welches am 9. August stattfindet, nochmals aufmerksam gemacht hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

München. In der Quartalsversammlung erstattete die Ortsverwaltung den Bericht über das verflossene Halbjahr. Aus dem vom Ortsbevollmächtigten erstatteten Bericht ist zu entnehmen, daß die Krise im Baumgewerbe auch im Transportarbeiterverband nicht ohne Einfluß geblieben ist. Trotzdem seien auch im verflossenen Halbjahr zahlreiche Tarife zugunsten der Kollegen zustande gekommen, von denen abgesehen von den Vereinbarungen mit kleineren Betrieben, die Tarifabschlüsse mit den Firmen Vereinigte Werkstätten für Kunst, Vereinigte Münchener Eiswerke, Ewerh u. Co. und mit dem Verein zur Wahrung der Interessen Münchener Kreditwarenhäuser, der fast sämtliche nennenswerten Betriebe am Platz umfaßt, hervorzuheben sind. Zusätzlich wurde für die beteiligten Kollegen ein Mehrlohn von 1287,27 M. pro Woche erzielt. Der Droschkenführer- und Chauffeurstreik habe wenigstens für erstere das gebracht, was sie bereits vor einem Jahre verlangt haben. Der Tarifabschluß der Innung mit dem Gehilfenausschuß bindet die Organisation nicht, so daß sie bei günstiger Gelegenheit die von ihr aufgestellten Forderungen erneut vertreten können. Die Fuhrmannsbewegung gelte noch nicht als abgeschlossen und erneute Verhandlungen hierzu seien im vollen Gange. Alles in allem könnte man mit dem Resultat zufrieden sein, besonders wenn man beachte, unter welcher Depression die Gewerkschaftsbewegung im vergangenen Halbjahr zu leiden hatte. Es sei jedoch nicht zu verkennen, daß die Kollegen alle Kräfte anspannen müssen, um die Organisation auf ihrer Höhe zu erhalten und weiter auszubauen. Kollege Eisenberger gab sodann den Kassenbericht des letzten Quartals. Dieser weist bei einem Kassenbestand von 4899,17 M. vom vorigen Quartal eine Einnahme von 21.276,74 M. und eine Ausgabe von 16.162,05 M. auf; somit verbleibt am Ende des letzten Quartals ein Kassenbestand von 514,05 M. Die Mitgliederzahl ging leider von 3519 auf 3304 zurück, was besonders auf die vom Vorsteher angeführten Gründe zurückzuführen ist. Die Rechtsanwälte haben Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden. Dem Kassierer wurde darauf einstimmig Decharge erteilt. Weiter schilderte Kollege Weißner die Aktionen unter den jugendlichen Arbeitern, deren Abteilung bereits das halbe Hundert überschritten habe.

Kollege Ritter erstattete Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsvereins im vergangenen Jahr und erhielt für seine gewissenhaften Ausführungen allgemeinen Beifall. In der Diskussion wurde die in der Kührmannsbewegung eingeschlagene Taktik als die allein richtige anerkannt. Als Gewerkschaftsdelegierte wurden gewählt: Kollege Eichner, Ritter, Staar, Dünberger und Reichart. Zur Geschworenen- und Schöffensliste wurde einstimmig Kollege Eichner und Fritz Schmidt ernannt. Endlich wurde mit Majorität beschlossen, wieder von der Veranstaltung eines Sommerfestes Abstand zu nehmen.

**Nürnberg-Fürth.** In der am 14. Juli in Nürnberg und am 15. Juli in Fürth abgehaltenen Mitgliederversammlung gab zunächst der Vorsitzende den Geschäfts- bzw. Tätigkeitsbericht für das 2. Quartal.

Demselben ist zu entnehmen, daß der geschäftliche Verkehr sowohl am Ende, als im übrigen Bau, nichts im Wachsen begriffen ist.

Sodann gab der Kassierer den Kassenbericht. Er schließt zunächst die Abrechnung von unserem Frühjahrstränzchen voraus, wonach wir erfreulicherweise mit einem Überschuss von 49,71 Ml. rechnen können. Der Kassenbestand kam als günstig bezeichnet werden.

Er beträgt bei einer Einnahme, incl. des Kassenbestandes vom 1. Quartal, von 12454 Ml. gegenüber einer Ausgabe von 8407,77 Ml., am Schluß des 2. Quartals 40,23 Ml., somit ein Mehr von 43,04 Ml., was allerdings darauf zurückzuführen ist, daß das 2. Quartal ein ruhiges war.

Der Mitgliederbestand beträgt 1400 männliche, 74 weibliche und 3 jugendliche, gegenüber 1353 männliche, 72 weibliche und 3 jugendliche Mitglieder vom 1. Quartal, so daß es auch hier, wenn auch langsam, aber doch stets vorwärts geht.

Nachdem beide Berichte diskutiert, wurde auf Antrag der Revisoren den Kassierern einstimmig Decharge erteilt, und die Versammlung nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten geschlossen.

**Posen.** Am Sonntag, den 26. Juli, fand eine Versammlung statt, in welcher ein Kollege über: "Alters- und Invalidenrente" referierte. Derselbe erläuterte in ca. einstündigem Vortrage den Anwesenden die wesentlichsten Maßnahmen, welche zu ergreifen sind, wenn jemand glaubt, Rente beanspruchen zu können, führte drastische Beispiele an, wie man verschiedentlich den Arbeitern die Rente vorzuhalten oder zu kürzen versucht, ferner gab er Aufklärung über Höhe der Renten, Warzezeit etc. Der Vortrag fand allseitig Zustimmung. Nach kurzer Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Der Versammlungsbesuch hätte ein besserer sein können, doch haben die Kollegen immer allerlei Nebensächlichkeiten ausgelöscht, mindestens müßte man aber verlangen, daß die Vertraulenzleute, sofern sie nicht ernstlich behindert sind, erscheinen.

**Potsdam.** Generalversammlung am 19. Juli. Zunächst wurde die Wahl von zwei Revisoren erledigt, als welcher Kollege Wolf und Schüler gewählt wurden. Aus dem Quartalsklassenbericht, welchen Kollege Wieting gab, ist folgendes zu ersehen. Im Einnahmenkalkül vom vorigen Quartal 1065,71 Ml. Die Ausgaben betragen 806,33 Ml., wovon 607,30 Ml. an die Hauptkasse gesandt wurden, mithin bleibt ein Ortsklassenbestand von 1072,53 Ml. Mitglieder waren am Ende des Quartals 163 männliche und 3 weibliche. Ausgeschieden sind im Laufe des Quartals 12 männliche und drei weibliche; bleibt am Schluß des Quartals ein männlicher Mitgliederbestand von 151. Auf Antrag der Revisoren, welche die Richtigkeit der Abrechnung bestätigten, wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Darauf ermahnte der erste Bevollmächtigte die Kollegen, sich aufzuraffen und ein Beispiel an den Verlänger Stolzlüftern zu nehmen, die trotz der schlechten Konjunktur Forderungen stellen. Kollegen, nun ist auch die Reihe an Euch, von den Unternehmern die Aufbesserung Eurer Lage zu fordern. Daß wir im letzten Quartal 15 Mitglieder verloren, ist etwas stark, aber wer trägt die Schuld? Weil es nur wenige Kollegen gibt, die wirklich agitatorisch für den Verband tätig sind.

**Stegitz.** Mitgliederversammlung am 19. Juli. Der Kassenbericht für das 2. Quartal ergab eine Einnahme von 640,78 Ml., dem eine Ausgabe von 381,78 Ml. gegenübersteht. Gegenwärtiger Mitgliederbestand 54 Mann. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Dann wurde der Bericht über die Bezirksverwaltung zu Berlin diskutiert. Kollege Ebeling wurde zum Schriftführer gewählt. Die Versammlung am 16. August fällt aus. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

**Spandau.** Am 18. Juli fand unsere Generalversammlung, die sehr gut besucht war, statt. Den Geschäftsbereich gab der Bevollmächtigte, und war daran zu entnehmen, daß auch im Laufe des 2. Quartals, trotz der wirtschaftlichen Depression, ein weiterer Fortschritt in der Entwicklung unserer Verwaltungsstelle zu verzeichnen ist.

In Sitzungen und Besprechungen fanden 39 statt, ferner wurden 3 Mitglieder und eine öffentliche Versammlung abgehalten.

Redner geht in längeren Ausführungen auf die sich unbedingt notwendig machen Organisierung der Kutscher ein, die gerade in Spandau noch unter den schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu leiden haben, und fordert die zahlreich anwesenden Kollegen Kutscher auf, nicht zu ermüden in bezug auf Organisierung ihrer Berufskollegen, damit auch endlich in Spandau einmal Bresche in die missrationalen Zustände gelegt werden könnte.

Redner streift auch die in den letzten Tagen stattgefundenen erfolgreiche Lohnbewegung der Kolleginnen in der Spedition "Vorwärts", und schließt mit dem Wunsche, daß auch im kommenden Quartal die Mitarbeit der Kolleginnen nicht ermünden sollte. Der Bericht wurde mit sichtlicher Befriedigung und Beifall entgegengenommen. Den Kassen-

Bericht, der den Kollegen gedruckt vorlag, gab der Kollege Appold, und wurde denselben am Schluß seiner Auseinandersetzung einstimmig Decharge erteilt.

erner wurde beschlossen, den Kollegen Martin Netter wegen Beritorf gegen den § 3, Abs. 7 a, dem Hauptvorstand zum Ausfall zu empfehlen.

Den Kassierbericht gab der Kollege Rigmann, und knüpfte sich hieran eine kurze Diskussion.

Nachdem im Verschiedenen noch einige schriftliche Anlegerheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

## Allgemeines.

**Breslau.** Die abgehaltete Hand wird sobald nicht aus dem Gedächtnis der Arbeiterschaft verschwinden, dafür sorgen schon die Behörden selbst. Auf Grund des preußischen Tumultgesetzes vom Jahre 1851 hatte bekanntlich Kollege Biewald vom Magistrat die Zahlung eines Schmerzensgeldes und einer fortlaufenden Rente gefordert. Es kam zur Ablage, weil der Magistrat nicht einsah, wie der Stadtsäckel dazu komme, die Verantwortung für die Tat eines noch heute seige im Verborgenen sich haltenden verbrecherischen Staatsbeamten, der ihm nicht unterstellt ist, zu tragen und weil er eine prinzipielle für alle Gemeinden wichtige Entscheidung über die Rechtsgültigkeit des Tumultgesetzes herbeiführen wollte. Vom kommunalpolitischen Standpunkte aus konnte man gegen dieses Verhalten des Breslauer Magistrats nichts einwenden. Nun hat aber bekanntlich das Reichsgericht zu seinen Ungunsten entschieden und Biewalds Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Jetzt wäre es einer großen, angeblich freiwillig geleisteten Gemeinde unseres Erachtens durchaus würdig, wenn sie um ein paar Mark erst nicht feilschte und die durchaus nicht unbedeckten Erfahrungssprüche Biewald ohne weiteres zugestehen würde, da das Angebot, diesen in städtische Dienste als Unterbeamten zu nehmen, schon um seiner sozialdemokratischen Gesinnung willen doch ernsthaft gar nicht in Frage kommt. Der Magistrat hat es, aber vorgezogen, über die Höhe der Rente sich erst noch einmal in einen gerichtlichen Streit einzulassen. Es ist jetzt ein Gutachten der Aerzte der Landesversicherungsanstalt über den Grad der Invalidität Biewalds eingeholt worden, und dieses baut sich ganz auf den sattsam bekannten Grundsätzen auf, die im Rentenbeschaffungsverfahren der Unfallversicherungssachen sich so glänzend bewähren. Das Gutachten geht davon aus, daß Biewald in seinem Berufe zu einem Vorteile von höchstens 24 bis 28 Ml. wöchentlich gekommen wäre. Trotz der verlorenen linken Hand sei er aber nach einer "Lebens- und Erholungszeit" von 2 Jahren noch imstande, als Fahrschulführer, Kassenbote, unterer Kanzleibeamter bei Behörden (ein Sozialdemokrat!) u. dergl. 2 Ml. pro Tag zu verdienen. Es könnte also nur eine Erwerbsbeschränkung von 50 p.C. angenommen werden und dementsprechend soll die Rente unter Angrundlegung des obengenannten Wochenertrages berechnet werden. Selbstverständlich gibt Biewald sich nicht damit zufrieden und so werden sich die Gerichte weiter mit dem Falle Biewald zu beschäftigen haben und dadurch der Unschärlichkeit noch oft Gelegenheit geben, sich dieses Falles zu erinnern.

Die Belastung durch Zölle und Verbrauchssteuern ergibt sich aus dem im Statistischen Jahrbuch für 1908 mitgeteilten Zahlen klar und deutlich. Betrachten wir nur die Erträge der Lebensmittelzölle ohne Berücksichtigung der industriellen Rohstoffe, so finden wir für 1907:

	in p.C. des Wertes der gesamten Waren		auf 1000 Ml. eingeschafften Waren	Zölle	Bewohlung
	insgesamt	vom			
Gebiete, Hülsenfrüchte, Malz .	266 072	27	85,9	427	
Kaffee u. Kaffeeverfass	75 421	47	16,2	121	
Wein .	22 842	46	3,1	37	
Kinder u. Schafwich .	7 323	9	1,0	12	
Schmalz .	13 854	11	1,9	22	
Butter u. Margarine .	7 907	10	1,1	13	
Petroleum . . . . .	76 695	63	10,4	123	

Dazu kommen Reis, Obst, Süßfrüchte, Wein, Kakao, Schokolade, Tee, Gewürze, Hopfen, Nüsse, Heringe, Honig, Eier mit zusammen 51 484 Millionen mit 6,8 p.C. vom Gesamtwert der Zölle steigend von 11 p.C. des Wertes bei Kakao und gesetzten Heringen bis auf 82 p.C. bei Honig) und 82 p.C. pro Kopf: alle Lebensmittelzölle zusammen 521 598 Millionen = 70,4 p.C. der Zölle und 8,37 Ml. auf den Kopf.

Die Zölle auf notwendige Lebensmittel und allgemeine Gebrauchsartikel machen also mehr als zwei Drittel der gesamten Zolleinbrüchen und — die Haushaltung zu 4% Kopfen gerechnet — 39,75 Ml. auf die durchschnittliche Familie aus.

Dazu kommen die inländischen Verbrauchssteuern (die Zahlen sind für 1906) nebst den betr. Einfuhrzöllen auf

	im ganzen in 1000 Ml.	auf den Kopf Pf.
Brantwein . . . . .	147 640,1	239
Bier . . . . .	118 253	192
Tabak . . . . .	80 934,9	131
Zucker . . . . .	146 326,7	236
Salz . . . . .	57 317,4	93
Summe . . . . .	559 265,7	905
dazu Zölle . . . . .	521 598	837
	1.072 070,4	17,28

pro Familie 82,10  
Ober auch dieser Betrag gibt noch lange nicht die volle Belastung. Es kommt hierzu der Profit, den der Zwischenhandel wie von seltenen übrigen Auslagen auch von denen für Zölle und Steuern rechnet, vor allem aber, soweit es sich nicht um bloße Finanzsonder um Schutzzölle handelt, die durch diese her-

beigeschürt — ja auch bezwiefe — Verteuerung der im Ausland erzeugten Produkte. Nach den amtlichen Verbrauchsrechnungen wurden 1906/07 im ganzen 8 811 010 Tonnen Roggen, 5 815 236 Tonnen Weizen und Speltz, zusammen 13 659 276 Tonnen Brotgetreide verbraucht. Nach Abzug der eingeschürteten Mengen 1648 472 Tonnen Roggen und 2 008 082 Tonnen Weizen verblieben rund 12 Millionen Tonnen. Hier von ein Viertel als Selbstverbrauch der Landwirtschaft abgerechnet, bleiben 9 Millionen Tonnen für den inländischen Markt. Rechnen wir die Verteuerung pro Tonne nur auf etwa 30 Ml. — nach den Preistabellen der in- und ausländischen Börsen nur eine mäßige Annahme —, so ergibt sich eine weitere Verteuerung um 270 Millionen nur für Brotoffen: mit den erlangten Beträgen rund 1310 Ml. Ml. = 21½ Ml. auf den Kopf. Und mit der Verteuerung der übrigen inländischen Lebensmittel durch Zölle sowie den sonstigen preisreichen Faktoren, insbesondere der als Haushalt Mittel ersten Ranges wirkenden Fleisch- und Fleischsperrre, ergibt sich ein Betrag von altemdestens 1500 Millionen: 25 Ml. pro Kopf und 120 auf die durchschnittliche Familie. So hoch beläuft sich neben zahlreichen sonstigen Bräuchen und Steuerbegünstigungen, Kostenzuschüssen etc. der jährliche Tribut, den das deutsche Volk für die Ehre zahlt, von den Untertanen regiert zu werden. Der alte, ehrliche, mittelalterliche Zehnt ist ein überwundenes, unpraktisches Schröpflungsmittel. Unsere Feudalherren erheben von den kinderreichen Arbeitersfamilien "ganz unmerklich" 15—20 p.C. ihres täglichen Arbeitsverdienstes. Und die "ethische Nationalökonomie" sagt Ja und Amen zu dieser Plunderung.

## Literarisches.

Im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin SO., Engel-Ufer 15 IV, sind erschienen: Protokoll der Verhandlungen des 6. Gewerkschaftskongresses, abgehalten vom 22.—27. Juni 1908 in Hamburg, sowie "Die deutschen Gewerkschaften. Neue graphische Darstellungen und statistische Tabellen" von L. Brunner. Beide Schriften sind durch sämtliche Buchhandlungen zu beziehen. Der Preis des Protokolls beträgt 1 Ml. pro Exemplar, der der Brunnerschen Schrift 1,50 Ml. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten die Schriften zum Selbstostenpreis, das Protokoll zu 25 Pf. und die Schrift von Brunner zu 50 Pf. pro Exemplar.

Das 23. Bogen starke Protokoll ist eine stenographische Aufnahme der Verhandlungen des Kongresses und gibt Referate und Diskussionsreden fast wörtlich wieder. Bei der überaus wichtigen Tagesordnung des Kongresses bietet das Protokoll wertvolles Material für alle, die ein Interesse an der Gewerkschaftsbewegung haben.

Die von L. Brunner bearbeitete Schrift gibt einen Überblick über die Stärke und die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften seit dem Jahre 1890, sowie eine vergleichende Übersicht der internationalen Gewerkschaftsbewegung in bezug auf die Größe der Bewegung in den einzelnen Ländern. Veranschaulicht wird diese Darstellung durch 10 graphische Tabellen und einer statistischen Aufstellung. Die Arbeit ist eine Fortsetzung und Ergänzung der Schrift mit gleichem Titel, die zum ersten Male im Jahre 1905 herausgegeben wurde. War in der ersten Schrift das Hauptgewicht auf die Darstellung des Verhältnisses der Organisierten zur Zahl der Berufsangehörigen gelegt, so ist bei der vorliegenden Arbeit Wert darauf gelegt worden, die geographische Verbreitung der Gewerkschaften und den Charakter derselben als Kampforganisation und ihre Erfolge zur Anschaugung zu bringen. Beide Schriften verdienen die weiteste Verbreitung.

## Mitteilungen des Vorstandes.

Ein gewisser Michael Seeger, angeblich aus Wien, versucht unter Vorlegung gefälschter Papiere von unseren Ortsverwaltungen Unterstützungen zu erlangen. Diese Manipulationen hat Seeger schon im vorigen Jahre gemacht. Damals sind ihm sämtliche Schriftstücke abgenommen worden. Wir ersuchen die Verbandsfunktionäre, dem p.C. Seeger jede Unterstützung zu verweigern. Außerdem sind ihm, falls er irgendwo vorschreibt, die Papiere abzunehmen und an den Unterzeichneten zu senden.

### Mit collegalem Gruß

#### Der Vorstand.

J. A. Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Et.

N.B. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kästner, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Et., einzusenden.

## Bekanntmachung.

**Posen.** Unser Verbandsbüro befindet sich ab 1. September St. Martinstr. 27, S. H. II. Eingang 3. Etage rechts. Büroaufzügen vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Dorfselbst ist auch jede freie Stelle zu melden.

### Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Emil Riedel, Lichtenberg. Verlag der Buchhdlg. "Courier", C. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmler, Berlin, Adalbertstr. 37.

# Mitglieder aus allen 4 Berliner Verwaltungsstellen und Charlottenburg.

## Bekanntmachung.

Wir machen von dieser Stelle aus darauf aufmerksam, daß nach Besprunganigung mit den Ortsverwaltungen der Vorverkauf des Billets zu den in diesem Jahre stattfindenden Vergnügungen, gleichviel von welcher Ortsverwaltung arrangiert, von allen 4 Verwaltungsstellengemeinsam betrieben wird.

Etwas Überschüsse werden der Bezirkskasse überwiesen, von der auch die eventuellen Defizits zu decken sind.

### Zweck Orientierung

geben wir nachstehend die nächsten Feste bekannt:

Am Sonntag, den 9. August, Gr. Sommerfest in der Brauerei Friedrichshain am Königstor. Eröffnung 2 Uhr nachmittags.

Anordnung: Konzert, Gesang, Spezialitätenvorstellung, Kinderbelustigung, Preisgegschleben, sowie Großer Ball. Familien können Kaffee tragen. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Am Sonnabend, den 15. August 1908:

## Großer Sommernachtsgauß

im Louisenpark, (Inh. B. Dase) Wilmersdorf, Wilhelmstraße 112.

Achtung! Bei günstiger Witterung im festlich illuminierten Garten um 2 Uhr nachts

### Gr. Familienkaffeekochen.

Anfang abends 8 Uhr.

Ende 7.7.7

Billets Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.

Fahrtverbindung bis vor das Lokal Linie 52, 66, 67, 91, 92, Ring 5. Wagen B. F. G. D. S. B.

## Bibliothek.

Folgende Kollegen haben trotz wiederholter schriftlicher Aufforderung Bibliotheksbücher nicht abgeliefert:

Name des Entleiheis	Straße	Beruf
Martin Lang	Niedorf, Biethenstr. 21	Hausdiener
Adolf Schöber	Münchebergerstr. 90	Arbeiter
Ewald Karp	Friedrichsfelderstr. 37, bei Stümke	Arbeiter
Paul Röhlicke	Große Frankfurter 9	Hausdiener

Wir ersuchen diejenigen Kollegen, welche mit den oben genannten Lesern bekannt sind, dafür zu sorgen, daß diese fauligen Leser auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht werden.

Die Bibliotheksverwaltung.

### Achtung! Kollegen, Sektions- resp. Branchenleiter von allen den Berliner Verwaltungsstellen angehörenden Branchen.

Die erweiterte Bezirksleitung hat in ihrer am 18. Juli stattgehabten Sitzung zu der Bildung der einzelnen Distriktsagitationskommissionen Stellung genommen und dann beschlossen, die Zusammensetzung derselben in folgender Weise zu empfehlen.

### Distrikt 1. Süd-Ost, Süden, Süd-West

1 Geschäftskutscher, 1 Hausdiener aus der Holzindustrie, 1 Kohlenarbeiter, 1 Rollkutscher, 1 Lagerarbeiter aus der Metallindustrie, 1 Hausdiener für die Glas- u. Galanteriewarenbranche, 1 Kellerarbeiter, 1 Fensterputzer.

Als Obmann wurde der Kollege Albert Freude ernannt.

### Distrikt 2. Niedorf, Britz und Treptow.

1 Droschenkutscher, 1 Arbeitskutscher, 1 Hausdiener, 1 Geschäftskutscher, 1 Bierkutscher, 1 Straßenbahner und 1 Müllkutscher, 1 Abzählungskassierer.

Als Obmann wurde der Kollege Franz Wohr ernannt.

### Distrikt 3. Osten, abgrenzend v. der Spree bis Greifswalderstr.

1 Kollege für das Speditionsgewerbe, 1 Hausdiener aus der Wäscheindustrie, 1 Droschenkutscher, 1 Kellerarbeiter, 1 Arbeiterin, 1 Fräsekutscher, 1 Hausdiener aus der Holzindustrie, 1 Bierkutscher.

Als Obmann wurde der Kollege Max. Wiedemann ernannt.

### Distrikt 4. Nummelsburg, Lichtenberg, Friedrichsfelde.

1 Arbeitskutscher, 2 Hausdiener, 1 Kohlenarbeiter, 1 Geschäftskutscher, 1 Droschenkutscher, 1 Straßenbahner, 1 Arbeiterin.

Als Obmann wurde der Kollege Fr. Zischler ernannt.

### Distrikt 5. Nordosten von der Greifswalderstr. bis Schönhauser Allee, inkl. Weißensee und Pankow.

1 Müllkutscher, 1 Geschäftskutscher, 1 Bierkutscher, 1 Straßenbahner, 1 Hausdiener aus der Wäscheindustrie, 1 Fensterputzer, 1 Droschenkutscher, 1 Lagerarbeiter aus der Metallindustrie.

Als Obmann wurde der Kollege Jul. Schramm ernannt.

### Distrikt 6. Norden mit Wedding, Gesundbrunnen, Reinickendorf.

1 Droschenkutscher, 1 Automobilfahrer, 1 Eisenlagerarbeiter, 1 Lagerarbeiter Elektr. Industrie, 1 Hausdiener, 1 Möbeltransportarbeiter, 1 Kohlenarbeiter, 1 Straßenbahner.

Als Obmann wurde der Kollege Ferdinand Salomon ernannt.

### Distrikt 7. Moabit und Hansaviertel.

1 Eisenlagerarbeiter, 1 Arbeiter aus der Elette. Industrie, 1 Rollkutscher, 1 Kohlenarbeiter, 1 Geschäftskutscher, 1 Hausdiener ob. Packer, 1 Droschenkutscher, 1 Kellerarbeiter. Als Obmann wurde der Kollege Gust. Hoffmann ernannt.

### Distrikt 8. Westen mit Schöneberg, Friedenau und Tempelhof.

1 Kohlenarbeiter, 1 Hausdiener, 1 Automobilfahrer, 1 Arbeitskutscher, 1 Möbeltransportarbeiter, 1 Straßenbahner, 1 Droschenarbeiter, 1 Transportarbeiter, 1 Droschenkutscher.

Als Obmann wurde der Kollege Otto Schenk ernannt.

### Distrikt 9. Charlottenburg, Wilmersdorf, Halensee und Schmargendorf.

1 Möbeltransportarbeiter, 1 Lagerarbeiter aus der Metallindustrie, 1 Warenhaus-Hausdiener, 1 Packer, 1 Kohlenarbeiter, 1 Geschäftskutscher, 1 Autoführer, 1 Rollkutscher.

Obmann?

### Distrikt 10. Zentrum.

1 Hausdiener aus der Textilbranche, 1 Hausdiener aus der Konfektion, 1 Hausdiener für die Warenhäuser, 1 Lederhausdiener, 1 Hausdiener für die Schneiderbranche, 1 Kellerarbeiter, 1 Fensterputzer, 1 Hausdiener für die Kurz- und Galanteriewarenbranche.

Als Obmann wurde der Kollege Robert Kehr ernannt.

Wir bitten alle Kollegen Sektionsleiter, von der vorstehenden Bekanntgabe Notiz zu nehmen, und vor allen Dingen hieraus einen Auszug der für seine Branche in Frage kommenden Vorschläge in den verschiedenen Distrikten zu machen, um daraus reihen zu wollen, wieviel Kollegen von seiner Branche gewählt werden müssen.

Eine jede Sektionsleitung hat nunmehr die Pflicht, sobald als möglich eine Branchenversammlung anzubereiten, mit der Tagesordnung: Vortrag über den neuen Agitationsplan, und zweitens Wahl der Vertreter für die Distriktsagitationskommissionen.

Bei der Wahl ist darauf zu achten, daß die betreffenden Kollegen etwas redegewand sind, um auch wirklich agitatorisch mitwirken zu können. Ferner ist darauf zu achten, daß die betreffenden möglichst in dem Bezirk wohnen, für welchen diese gewählt sind.

Nach stattgefunderter Wahl haben die Sektionsleitungen die Pflicht, der Bezirksleitung für Groß-Berlin die Namen und Adressen der gewählten Kollegen umgehend mitzuteilen, und zwar mit der Angabe des Distrikts, für welchen die betreffenden gewählt sind.

Alles weitere, zur Auflösung der Kommissionen notwendige, wird dann mit der Bezirksleitung in gemeinsamer Sitzung den Kommissionen und ihren Obmännern besprochen werden.

Mit kollegialem Gruß

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A.: Aug. Werner, Engelstraße 14/15, Zimmer 24. Telefon-Amt 4, 2882.

## Jugend-Abteilung.

### Versammlungen.

Abteilung Süd-Osten am Mittwoch, den 26. August, abends 1/2 Uhr, bei Manzen, Reichsbergerstr. 16.

Abteilung Süden und Süd-West am Sonnabend, den 15. August, abends 1/2 Uhr, bei H. Dreißig, Fontane-Promenade 10.

Abteilung Niedorf am Sonnabend, den 8. August, abends 1/2 Uhr, bei Lange, Richardstr. 112.

In allen Versammlungen werden Vorträge gehalten. Die Referenten zu denselben, sowie die Treffpunkte und alle näheren Einzelheiten zu den Aussätzen werden in den Abteilungsversammlungen bekannt gegeben.

Pflicht jedes jugendlichen Kollegen ist es nun, für zahlreichen Besuch dieser Veranstaltungen unter den jugendlichen Arbeitern zu agitieren.

Eine wirklich zahlreiche Beteiligung, auch von Gästen, erwartet

Die Sektionsleitung.

## Mitglieder der Verwaltungsstelle I. (Verein Berliner Hausdiener.)

Büro und Kasse: Adlerstraße 5, v. I.  
Telephon: Amt 1, 4981.

Bei allen Zuschriften an die Verwaltung  
muss die genaue Buchnummer und Wohnung  
angegeben werden.

Wir ersuchen die Kollegen, nach § 8, Abs. 6, des Verbandsstatuts sowie § 8 des Vereinsstatuts, nicht länger

wie 10 Wochen mit ihren Beiträgen ihr Rückstand zu beladen, damit ihnen ihre statutarischen Rechte nicht verlustig gehen.

### Mitglieder der Verwaltung I.

Am Donnerstag, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 4).

### General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Verwaltungs- und Kassenbericht. 2. Anträge. 3. Geschäftliches.

Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang der Versammlung vorzuzeigen. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.

Die Ortsverwaltung I. J. A.: Fritz Wappeler.

### I.

### Kollegen Packer, Hausdiener, Kutscher usw.

aus der Glas-, Porzellan-, Beleuchtungs-, Galanterie-, Kurz-, Lederwaren- u. Exportbranche.

Am Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Engel, Seydelstraße 30.

### Grosse Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über den neuen Agitationsplan. 2. Wahl von 2 Vertretern für die Distriktsagitationskommissionen. 3. Verbandsangelegenheiten.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Er scheinen jedes einzelnen unbedingt erforderlich. Keiner bleibe der Versammlung fern. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Die Branchenleitung. J. A.: Willi Minig.

## Voranzeige.

Am Sonnabend, den 12. September, findet die Fete unseres

## 25. Stiftung-Festes

in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain statt.

Die Ortsverwaltung I.

## Sektion der Einkassierer und Kassenboten.

Am Donnerstag, den 13. August, abends 8½ Uhr, findet bei Burgenmeister Alexanderstr. 8, eine

## Sitzung der Vertrauensleute

statt. — Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekannt gegeben. Die Kontrollkarten und Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Bezugnehmend auf die 1. J. gesetzten Beschlüsse erwarten einen zahlreichen und pünktlichen Besuch.

Die Sektionsleitung.

## Kollegen Packer, Hausdiener, Kutscher etc.

aus den Tischlereien, Vergoldereien und Möbelgeschäften ic.

Am Montag, den 17. August, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15,

## Große Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über den neuen Agitationsplan. 2. Wahl der Sektionsleitung. 3. Wahl von 2 Vertretern für die Distrikts-Agitationskommissionen.

Zu Aburteilung der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen jedes Einzelnen unbedingt erforderlich. Keiner bleibe der Versammlung fern. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

D. A.: Max Schulte.

## Schneider - Hausdiener.

Kollegen der Herren-, Damen- und Uniformbranche, sowie alle in Ladengeschäften angestellten Hausdiener Packer, Radfahrer usw. werden hiermit zu einer

## Sitzung

am Mittwoch, den 19. August 08, abends 9 Uhr, im Lokal von Engel, Seydelstraße 30, eingeladen.

Tages-Ordnung: 1. Vorlesung über die Neuwahlen von Delegierten für die Ortsräte der Schneider. 2. Unsere weitere Agitation.

Kein Betrieb darf fehlen. Die Kollegen bei der Firma G. A. Herpich Söhne sind ganz besonders eingeladen.

Die Branchenleitung.

# Verwaltung Berlin II.

Telephon: Amt IV, 4747.

## Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!

Wir ersuchen alle Kolleginnen und Kollegen, jeden Wohnungsumschwung, der eventuell bei ihnen eintrete, sofort unter genauer Angabe der neuen Adresse dem Büro oder dem Beiratstaatssekretär zu melden. Die Meldung kann auch auf schriftlichem Wege durch eine Postkarte erfolgen, hierbei ist daran zu achten, daß die Mitgliedsnummer sowie die alte und neue Adresse angegeben wird.

Bei den Wohnungsummeldungen haben diejenigen Kollegen, welche als Betriebsvertrauensmann fungieren, diese ihre Funktion auf der Meldung besonders zu vermerken.

erner geben wir nochmals bekannt, daß die Auszahlung von Unterstützungen nur des Vormittags von 10—2 Uhr erfolgt, ebenfalls werden nur in dieser Zeit Krankenmeldungen entgegengenommen.

Insbesondere ersuchen wir die Mitglieder, bei Erkrankungen dies sofort dem Verbandsbüro, Zimmer 31, zu melden. Die Meldung kann ebenfalls durch Postkarte unter Angabe der Mitgliedsnummer und genauer Wohnungsadresse erfolgen. Zu späte Meldungen können die Büroangestellten nur nach dem im Statut vorgesehenen Vorschriften behandeln.

Weiter empfiehlt es sich, daß die Mitglieder bei besonderen Eingaben und Geheuen stets ihr Verbandsbuch mit einsetzen. Bei eventuell vorkommenden Rechtsstreitigkeiten werden die Kollegen ganz besonders darauf hingewiesen, hieron die Verwaltung so schnell wie möglich in Kenntnis zu setzen. Zu spät eingereichte Besuche laufen Gefahr, nicht berücksichtigt werden zu können.

Augenblicks der noch immer herrschenden großen Arbeitslosigkeit, ersuchen wir alle Mitglieder, ihre arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen nicht zu vergessen und jede Stellung oder Arbeit irgend welcher Art, sei es zur Aushilfe oder für fest, sofort unserem Arbeitsnachwuchs, Engel-Ufer 15, Zimmer 48, zu melden. Telephon: Amt 4, Nr. 3348. Diese Unterstützung ist die beste, welche wir unseren Arbeitslosen zuteilen lassen können.

erner geben wir unseren Mitgliedern bekannt, daß das Buch Dreher-Schumann „Ein Ausschnitt aus der Geschäft der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Bewegung“ zum Preise von 3 Mr. im Verbandsbüro zu haben ist. Auch können die Kollegen dieses Buch bei ihrem Betriebs- oder Bezirksschaffner bestellen.

Wir empfehlen jedem Kollegen, welcher sich über die Geschichte und das Werden unserer Organisation unter-

richten will, sich dieses Buch anzuschaffen. Das Buch ist ganz besonders geeignet, unseren Kolleginnen bei der Agitation erfolgreiche Dienste leisten zu können.

Die Verwaltung II.

## Mitglieder aller Branchen der Verwaltung II.

Am Donnerstag, den 20. August 1908, abends 8½ Uhr in den Ministerialen, Kaiser-Wilhelmstraße 18m

## Ordentl. General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Mitteilung. 2. Staatsbericht. 3. Anträge und Geschäftliches.

Kolleginnen und Kollegen! Wir erwarten, daß sie fleißig für guten Besuch der Versammlung agitiert und alle volzählig erscheinen. Zutritt ist nur gegen Vorlegung des Verbandsbuches gestattet. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.

Die Ortsverwaltung II. D. A.: Albert Utthes.

## Kellerarbeiter und Kutscher aus den Grossdestillations-, Wein- und Bierstuben Gross - Berlins.

Am Mittwoch, den 19. August, abends 8 Uhr, bei Engel, Seydelstr. 30.

## Allgemeine Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über „Sind wir zur Zeit uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen verschaffen?“ 2. Diskussion. 3. Geschäftliches und Mitteilungen.

Zu Aburteilung der Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Kollegen Ehrenfache.

Die Sektionsleitung.

## Kolleginnen und Kollegen in Borsigwalde, Tegel und Umg.

Am Sonnabend, den 22. August, abends 9 Uhr, bei Kollegen Künster in Tegel, Schlieper-Ecke Treptowstraße.

## Große Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches und Mitteilungen.

Die Kollegen werden eracht, für einen regen Besuch dieser Versammlung agitieren zu wollen.

Die Agitationskommission.

## Mineralwasserkutscher, Abzieher u. Flaschenpüler aus den Mineralwasserbetrieben Berlins u. Umg.

Am Donnerstag, den 20. August, abends 8½ Uhr, bei Heufelder, Dragonerstraße 15.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Ausstellung und Abstempelung der Kontrollkarten finden in der Versammlung statt.

Die Sektionsleitung.

## Fensterputzer aus allen Betrieben Berlins und Umgegend.

Am Donnerstag, den 13. August, abends 8½ Uhr, bei Engel, Seydelstr. 30.

## Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: „Die Taktik des Unternehmensverbandes und wie stellen sich die Kollegen dazu.“ Ref.: F. Lambrecht.

Zahlreiches Erscheinen aller Berufskollegen ist th. bedingt erforderlich.

Die Sektionsleitung.

## Kollegen Geschäftskutscher, Lagerarbeiter und Arbeiterinnen, sowie Kutscher u. Stalleute aller Lohnfuhrbetriebe.

Am Dienstag, den 18. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1).

## Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über den neuen Agitationsplan. Referent: Kollege W. Kohlhoff. 2. Wahl der Branchenvertreter für die Distrikts-Agitationskommissionen. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Wir erwarten, daß Ihr alle Mann für einen wirklich guten Besuch der Versammlung agiert und alle Mann erzieht.

Die Sektionsleitung. D. A.: C. H. Kohlhoff.

# Verwaltung Berlin IV.

## Automobilführer!

Am Freitag, den 21. August 1908, abends 9 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus Berliner Musiker“, Kaiser-Wilhelmstr. 18m, unsere nächste

## Monats-Versammlung

statt.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Unserem Verbande noch fernstehende Kollegen sind mitzubringen und als Gäste willkommen.

Die Sektionsleitung.

## Betriebsvertrauensmänner!

Betriebe mit mindestens 3 Kollegen sind verpflichtet, einen Vertrauensmann zu wählen und dessen Namen und Wohnung an den Kollegen

Fr. Rettig, Engel-Ufer 15, 3 Tr. (Telefon Amt IV, 3348), einzusenden.

Neuwahlen und Adressenänderungen der Vertrauensleute sind ebenfalls unverzüglich an obige Adresse zu melden.

Die Sektionsleitung der Automobilführer.

## Arbeits-Nachweis

für Automobilführer aller Branchen befindet sich Engel-Ufer 15, I. Stfl. 3 Tr.

Wir ersuchen alle arbeitslosen Kollegen, sich derselbst aufzuhalten, damit etwaige gemeldete Stellen besetzt werden können.

Freiwerdende Stellen ersuchen wir im Interesse der arbeitslosen Kollegen sofort per Karte oder Telefon, Amt IV, 3348 dem Arbeitsnachweis zu melden.

Kollegen, welche auf Privatstellen reflektieren, ersuchen wir ganz besonders, sich zu melden.

Alle arbeitslosen Kollegen ersuchen wir, sich in unserm Arbeitsnachweis zu melden.

## Bekanntmachung.

Die Mitglieder des Vorstandes der Nationalen Kranken- und Sterbekasse der Droschkenkutscher und verwandten Berufsgenossen, G. H.-K. Nr. 75, werden ersucht, sich zu einer

## Sitzung

am Donnerstag, den 13. d. Mts., abends 9 Uhr, im Bureau, Schillingstraße 6, einzufinden.

Bezirk Moabit. Am Dienstag, den 11. August, abends 9 Uhr, Sitzung im Lokal von Pielecke, Waldstraße 8.

Bezirk Wilmersdorf. Am Montag, den 17. d. Mts., abends 9 Uhr, Sitzung im Lokal von Kästler, „Zur Lauenburg“, Lauenburgerstr. 20.

Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Die Bezirksführer.